**Bezugspreis** für Dezember durch die Post bezogen 2,00 Mk. ausschl. Bestellgeld, in der Stadt Münster 2,00 Mk.
**Beilagen:** „Am Wege der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart), „Der Erzähler", „Der Frauen Welt und Heim", „Jugendland", „Der Wanderer" (für Reise, Bäder und Verkehr), „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat), „Technik und Erfindung", „Der Münsterländer" (für Feld, Garten und Haus).
**Sonder-Ausgaben:** Steinfurter Anzeiger, Warendorfer Anzeiger, Westmünsterländer Anzeiger, Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise wochentäglich).
**Redaktion und Verlag** Gallitzinstraße 13, Ecke Hamburger Straße — Fernsprecher Nr. 2118, 2119 und 2450.
**Geschäftsstelle:** Münster, Prinzipalmarkt 13/14, Fernspr. Nr. 78. — Rheine, Emsstraße 34 a, Fernspr. 670.
**Berliner Redaktion.** Paul Fr. Hüsgen, Berlin SW 48, Hedemannstraße 25, Fernsprecher Nollendorf 883

# Münsterischer Anzeiger

## und Münsterische Volkszeitung

Morgen-Ausgabe — 76. Jahrgang

**Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.**

**Anzeigen:** Das mm Höhe 29 mm breit kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg.-Bez. Münster sowie für alle amtl. Finanz-, Sammel-, Markenartikel u. Vereinig.-Anzeig. 15 Pfg., für sonst. Anzeigen aus d. Reg.-Bez. Münster u. der Grafsch. Bentheim 11 Pfg. aus der Stadt Münster 8 Pfg. Familienanzeigen 8 Pfg., bei Barzahl. 7 Pfg., kleine Anz. des priv. Verk. aus Münster bei Barzahl. 6 Pfg.
**Reklamen:** Das mm 90 Pfg. (Spaltenbreite 90 mm). Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen u. in bestimmter Größe wird keine Gewähr sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt.
**Beilagen:** Gebührenberechnung nach Gewicht.
**Postscheckkonto** Köln 42 114. Erfüllungsort Münster i. W.

Erstes Blatt — Freitag, den 16. Dezember 1927 — Nummer 1297

## Um die Senkung der Lohnsteuer.

**Der Gegenvorschlag des Ausschusses von der Reichsregierung gutgeheißen.**

♂ **Berlin, 15. Dez. (Tel.)** Im Steuerausschuß des Reichstages wurde heute nachmittag der gemeinsame Antrag des Zentrums, der Deutschnationalen und der Bayerischen Volkspartei behandelt, der die Regierungsvorlage über die Senkung der Lohnsteuer, die eine Ermäßigung des Steuersatzes von 10 auf 9 bezw. 9½ Prozent vorsieht, durch andere Bestimmungen ersetzen will. Nach diesem Antrage sollen von der monatlich zu entrichtenden Lohnsteuer 15 Prozent abgezogen werden. Der abzuziehende Betrag soll jedoch monatlich zwei Mark nicht übersteigen. Die veranlagte Einkommensteuer soll gleichfalls um 15 Prozent gesenkt werden, höchstens jedoch um 25 Reichsmark jährlich, wenn das Einkommen den Betrag von 8000 Mark nicht übersteigt. Ferner beschloß der Ausschuß eine Erhöhung der abzugsfähigen Sonderleistung. Der Lohnsteuerbetrag soll nicht erhoben werden, wenn er monatlich eine Mark oder wöchentlich 25 Pfg. nicht übersteigt. Diese Bestimmungen sollen ab 1. Januar in Kraft treten. Weiter sieht der Antrag eine Bestimmung vor, daß die Reichsregierung eine neue Senkung der Lohnsteuer herbeizuführen hat, wenn im Kalenderjahr 1928 oder später die Lohnsteuer 1,3 Milliarden Mark jährlich übersteigt.

Von der Reichsregierung wurde erklärt, daß die Annahme dieses Antrages einen jährlichen Ausfall von 180 Millionen Lohnsteuer und von 30 bis 33 Millionen Veranlagungssteuer bedeute. Die Reichsregierung sei damit einverstanden, daß die bisherige Regierungsvorlage durch diesen Antrag ersetzt werde. Der Reichsfinanzminister erklärte, er hoffe, daß nunmehr die Senkungsaktion keine Schwierigkeiten im Reichsrat finden werde.

Die Deutsche Volkspartei beteiligte sich an dem Kompromißantrag nicht. Die Deutsche Volkspartei will vielmehr ihre eigenen Anträge wiederum einbringen, die jedoch abgelehnt werden dürften. Es wird in parlamentarischen Kreisen damit gerechnet, daß nach Ablehnung dieser Anträge die Deutsche Volkspartei sich doch bereit finden wird, dem Antrage der anderen Regierungsparteien ihre Zustimmung zu geben. Noch ungeklärt ist allerdings die Frage, wie sich der Reichsrat zu diesem Antrag stellen wird. Der Reichsrat hat bekanntlich die Lohnsteuersenkung abgelehnt, mit dem Hinweis, daß die finanzielle Einbuße für die Länder und Gemeinden nicht tragbar sei. In Kreisen des Reichsrats ist man der Ansicht, daß der Ausfall am Steueraufkommen nach dem neuen Antrage sich nicht wesentlich von dem Steuerausfall nach der ursprünglichen Regierungsvorlage unterscheidet.

Die Ausschußberatungen wurden bis Freitag ausgesetzt, um den Mitgliedern des Ausschusses Zeit zur Prüfung des neuen Antrages zu geben.

### Verlängerung des Mieterschutzgesetzes.

♂ **Berlin, 15. Dez. (Tel.) Im Wohnungsausschuß des Reichstages wurde heute bekannt daß die Gesetzentwürfe zur Änderung des Reichsmieten- und des Mieterschutzgesetzes vom Reichstag nicht mehr verabschiedet werden können. Die Regierungsparteien haben inzwischen einen Antrag gestellt, das bestehende Mieterschutzgesetz, das am 31. Dezember ablaufen würde, bis zum 15. Februar zu verlängern. Der Wohnungsausschuß will seine Arbeiten bereits am 11. Januar wieder aufnehmen, damit im Ausschuß die Novelle zum Mieterschutzgesetz rechtzeitig verabschiedet werden kann.**

**Eine Denkschrift des Reichsarbeitsministers über die Wohnungsnot.**

✝ **Berlin, 15. Dez. (Tel.)** Der Reichsarbeitsminister hat im Reichstag eine Denkschrift über die Wohnungsnot und ihre Bekämpfung vorgelegt. Sie zerfällt in drei Abschnitte und zwar 1. Wohnungsnot und Wohnungsbedarf; 2. Mieterschutz, Zwangswirtschaft und Mietsbildung; 3. der Wohnungsbau. Es handelt sich bei der Arbeit um eine gründliche und umfangreiche Darlegung aller mit dem Wohnungsbau zusammenhängenden Fragen. Im ersten Abschnitt wird u. a. auf eine Untersuchung des Statistischen Reichsamtes über den Überschuß der Zahl der Haushaltungen, über die Zahl der Wohnungen, Bezug genommen, die zu dem Ergebnis geführt hatte, daß unter gewissen Vorbehalten für Ende 1926 mit einem Haushaltungsüberschuß von etwa 950 000 und für die Zeit bis 1935 mit einem durchschnittlichen jährlichen Zuwachs von rund 200 000 Haushaltungen zu rechnen ist. Von 1935 ab wird voraussichtlich der scharfe Geburtenrückgang in der Kriegs- und Nachkriegszeit in der Wohnungsnachfrage zum Ausdruck kommen. Im zweiten Abschnitt werden die Maßnahmen des Reiches und der Länder gegen den Wohnungsmangel dargelegt und auch die Frage der Mieterhöhung eingehend behandelt. Im dritten Abschnitt geht die Denkschrift auf die wirtschaftliche Bedeutung des Wohnungsbaues und auf den Zusammenhang von Wohnungsbau und Wirtschaftskonjunktur ein. Es wird dann die Bautätigkeit seit dem Jahre 1924 und ihre Finanzierung geschildert. In 42 Anlagen befindet sich eingehendes statistisches Material, das die Ausführungen der Denkschrift vervollständigt.

### Die Beratung des Reichsschulgesetzes.

S **Berlin, 15. Dez. (Eig. Drahtber.)** Bei der Beratung des § 13 des Reichsschulgesetzentwurfes über Schulaufsicht und Schulverwaltung kam es heute zu beachtlichen grundsätzlichen Erörterungen. Die Linke nahm Stellung dagegen, daß in den örtlichen Schulverwaltungskörpern für Schulen, an welchen Religionsunterricht ein ordentliches Lehrfach ist, je ein Vertreter der betreffenden Religionsgesellschaft aufgenommen wird. Ein Vertreter der Deutschen Volkspartei sprach sich für Annahme aus, wollte aber den Geistlichen nicht Sitz und Stimme gewähren. Mit Recht wies der Zentrumsabgeordnete Rheinländer auf die Bedeutung der Geistlichkeit bei der Entwickelung des Deutschtums hin. Er betonte überdies, daß Schule, Kirche und Staat eine Erziehungsgemeinschaft bilden müßten. Ebenso käme es darauf an, daß das Schulgesetz auch für das platte Land gemacht werden müsse. In Verfolg dieser Bestrebungen brachten alsdann die Zentrumsabgeordneten Schreiber, Hofmann-Ludwigshafen und Rheinländer mit Unterstützung der Frau Abg. Lang-Brumann von der Bayerischen Volkspartei den nachfolgenden Antrag ein:

„Der Ausschuß wolle beschließen, im § 13 den Absatz 3 wie folgt zu fassen: In die örtlichen Schulverwaltungskörper für Schulen, an denen Religionsunterricht ordentliches Lehrfach ist, ist je ein Geistlicher der entsprechenden Religionsgesellschaft (katholischer Geistlicher, evangelischer Geistlicher, Rabbiner) aufzunehmen. Den Geistlichen beruft die Schulaufsichtsbehörde auf Vorschlag der betr. Religionsgesellschaft. Das nähere bleibt dem Landesrecht überlassen."

Dieser Antrag wird in der nächsten Sitzung noch beraten. Der Ausschuß hat sich auf Montag, 9. Januar vertagt.

**Die freiwilligen Beiträge zur Angestelltenversicherung.**

vdz **Berlin, 15. Dez. (Tel.)** Alle Parteien des Reichstages haben einen Gesetzentwurf zur Änderung des Angestelltenversicherungsgesetzes eingebracht, wonach für die freiwillige Beitragseintrichtung die Beitragsklassen G, H, J, K gebildet werden. Die freiwilligen Monatsbeiträge betragen in der Beitragsklasse G 25 Mark, in H 30 Mark, in J 40 Mark und in K 50 Mark. Das Gesetz, das der Reichstag in seiner Mittwochsitzung bereits verabschiedet hat, tritt am 1. 4. 1928 in Kraft.

## Die Novelle zum Reichsversorgungsgesetz.

**Annahme im Reichstage. — Die Entschließungen zum Besoldungsgesetz.**

pd **Berlin, 15. Dez. (Tel.)**

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 14 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die

**zweite Beratung des Reichsversorgungsgesetzes.**

Der Entwurf bringt auf Grund der Besoldungserhöhung für die Beamten auch eine Erhöhung der Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenbezüge.

Abg. **Frau Reitze** (Soz.) bedauert die Ablehnung der weitergehenden sozialdemokratischen Anträge im Ausschuß. Mit Sympathie-Erklärungen könne man den Notleidenden nicht helfen. Die Durchschnittsrente der Kriegsbeschädigten betrug bisher nur 395 Mark. Nach den Ausschußbeschlüssen sollen die Witwen zwar jetzt 50 Prozent bekommen, aber keine Zusatzrente, sondern nur Ausgleichszulagen in einigen Ortsklassen. Das sei eine große Ungerechtigkeit gegen die Witwen, die ihr Lebensglück verloren haben. Eine Witwe mit zwei Kindern bekommt ohne Ausgleichszulage 118,95 Mark, mit Ausgleichszulage 128,45 Mark.

Abg. Dr. **Krone** (Ztr.) will die Heilbehandlung überall gewahrt wissen. Bei den Forderungen nach höherem Sterbegeld müsse man doch auch die finanziellen Wirkungen berücksichtigen. Die Sorge um das Gleichgewicht des Haushaltsplanes liege nicht nur den Regierungsparteien ob, sondern auch die Opposition müsse sich darum kümmern und sollte nicht aussichtslose Anträge stellen.

Abg. **Hülser** (DN.) weist auf die große Zahl der Kriegsbeschädigten hin. Es handelt sich um rund 740 000 Kriegsbeschädigte, 360 000 Witwen, 850 000 Halbwaisen, 62 000 Vollwaisen, 140 000 Elternteile, 70 000 Elternpaare und 9000 Blinde. Mit den Aufwendungen von 223 Millionen im Etat sei die Versorgung natürlich nicht endgültig abgeschlossen.

Abg. **Thiel** (DV.) betont, daß die Finanzlage den Reichstag nicht hindern dürfe, für die Kriegsopfer alles zu tun, was getan werden müsse. Einmütigkeit bestehe bei allen Parteien darüber, daß den am meisten Bedürftigen zuerst geholfen werden müsse.

Reichsarbeitsminister Dr. **Brauns** äußerst starke Bedenken gegen die Einführung von Sterbegeldern für die Kriegerhinterbliebenen. Wir werden damit zu rechnen haben, daß dieser neue Anspruch auf verwandte Gebiete übergreifen wird. Es besteht die Gefahr, daß diese Zuwendungen Personen zugute kommen, die in keinen näheren Beziehungen mehr zu den Kriegerhinterbliebenen stehen. Der Minister bittet daher, diesen Ausschußbeschluß wieder aufzuheben.

Abg. **Sparrer** (Dem.) stellt fest, daß alle Parteien über die Notwendigkeit der Vorlage einig seien und auch darüber, daß sie einen wesentlichen Fortschritt bedeute. Der Redner tritt für das Sterbegeld ein.

Abg. **Ueber-Düsseldorf** (Komm.) fordert beträchtliche Erhöhung der Versorgungssätze.

Abg. **Kaltenecker** (Bayer. Bb.) gibt im Namen der Wirtschaftlichen Vereinigung der Erwartung Ausdruck, daß mit dieser Vorlage keine abschließende Versorgung der Kriegsopfer beabsichtigt sei. Man begnüge sich mit dem Erreichten nur angesichts der schwierigen finanziellen Lage des Reiches.

Abg. **Loibl** (Bayer. Vpt.) bedauert die weitergehenden Ansprüche der Oppositionsparteien, die nur aus Agitationsgründen gestellt seien.

Abg. **Stöhr** (Nat.-Soz.) stimmt allen durchführbaren Verbesserungsvorschlägen zu.

Abg. **Meyer-Franken** (Komm.) verlangt, daß auch während einer Heilanstaltspflege oder Badekur der Betrag der Vollrente mit allen Zulagen an den Beschädigten oder seine Angehörigen gezahlt wird. Der Beamtenschein soll allen Schwerkriegsbeschädigten gegeben werden.

Der Ausschußantrag auf Einführung eines Sterbegeldes auch für die Hinterbliebenen, wird mit 385 gegen 19 Stimmen angenommen. Dagegen stimmen nur die Mitglieder der Reichsregierung in den verschiedenen Fraktionen und einige Zentrumsabgeordnete, unter Führung des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns. Auch im übrigen wird die Vorlage in der Ausschußfassung angenommen.

Die Vorlage wird dann nach den Ausschußbeschlüssen in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Eine Entschließung Ziegler (Dem.), die für die Heilbehandlung der nichtkrankenversicherungspflichtigen Kriegerhinterbliebenen 10 Millionen jährlich fordert, wird abgelehnt. Angenommen wird eine Entschließung, die für die Erziehungsbeihilfen der Kriegerwaisen jährlich 20 Millionen fordert. Die Beihilfen sollen im Bedarfsfalle bis zum vollendeten 24. Lebensjahr gewährt werden.

Es folgen dann die Abstimmungen über

**die Entschließungen zum Besoldungsgesetz.**

Angenommen werden die Ausschuß-Entschließungen, wonach durch den Abbau der örtlichen Sonderzuschläge in keinem Falle ein Beamter gegenüber der neuen Besoldungsordnung schlechter gestellt werden dürfe, und wonach von der Wiedereinziehung überzahlter Vorschüsse auf das neue Besoldungsgesetz abgesehen werden soll.

Angenommen wird auch die Entschließung der Regierungsparteien, die einen Gesetzentwurf zur Beseitigung und Zusammenlegung von Behörden, Neuverteilung der Behördenaufgaben und andere Verwaltungs-Reformmaßnahmen fordert. Über den Teil dieser Entschließung, der eine Vereinigung des Versorgungswesens mit der Reichsfinanzverwaltung für erstrebenswert bezeichnet, wird im Hammelsprung entschieden, der die Ablehnung mit 186 gegen 167 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, ergibt, da auch der größte Teil der Bayerischen Volkspartei dagegen stimmt. Weiter findet Annahme die Entschließung der Regierungsparteien, den Reichsarbeitern unter Aufrechterhaltung des Tarifvertrages, Zulagen zu gewähren.

Der Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung, daß mit der Besoldungserhöhung keine Erhöhung der Abgeordneten-Diäten verbunden sein soll, geht ohne Aussprache an den Ältestenrat.

Das Haus vertagt sich. Freitag 15 Uhr: Verlängerung des Mieterschutz- und Reichsmietengesetzes, Kraftfahrzeugsteuergesetz, Kriegsschädenschlußgesetz.

Schluß 20,15 Uhr.

## Zum Schiedsspruch in der Eisenindustrie.

‡ **Düsseldorf, 15. Dez.** Aus den Schiedssprüchen in der Eisenindustrie seien noch folgende Einzelheiten wiedergegeben: Der erste Schiedsspruch behandelt die Arbeitszeit. In den Thomas-Stahlwerken und den ausschließlich oder zum erheblichen Teil von ihnen gespeisten Walzenstraßen, soweit sie die Thomaserzeugnisse in einer Hitze weiterverarbeiten, richtet sich die Arbeitszeit ab 1. Januar 1928 nach der Verordnung vom 16. Juli 1927. Bezüglich der Sonntagsarbeit ist zwischen dem Arbeitgeberverband und dem Christlichen Metallarbeiterverband eine Vereinbarung getroffen worden, der zufolge die erste Charge Sonntags durchweg um 19 Uhr beginnt. Als ordentliche Schicht gilt die Zeit von 22 bis 6 Uhr. Für die Arbeit von 19 bis 22 Uhr wird ein Zuschlag von 75 Prozent stündlich gezahlt. Beide Parteien halten trotz dieser bis zum 1. Dezember 1928 gültigen Vereinbarung ihre verschiedenen Rechtsstandpunkte bezüglich der Sonntagsarbeit aufrecht. Die Hammer- und Preßwerke sowie die kaltein setzenden Walzstraßen verfahren ab 1. Januar 1928 in zwei Schichten. Besonders ist die Frage der Pausen geregelt. Wenn wirtschaftlich erforderlich, können die Werke täglich 1 Stunde Mehrarbeit je Schicht verfahren lassen; Sonntags jedoch soll die Arbeit mindestens um 6 Uhr aufhören. Für die Mehrarbeit ist ein Zuschlag von 25 Prozent stündlich zu zahlen. Die Martin-, Elektro- und Ziegelstahlwerke einschließlich ihrer Walzbetriebe arbeiten ab 1. Februar nach der Verordnung vom 16. Juli 1927, soweit keine Einzelausnahmen bewilligt werden. Für die anderen erzeugenden Industrien besteht die zur Zeit geltende Arbeitsdauer auf den bisherigen Vereinbarungen und Schiedssprüchen. Soweit sie durch die neue Arbeitszeitverordnung nicht geändert wird, bleibt sie auch weiter bestehen. Für die Gas- und Blaszentralen in Verbindung mit Hochöfen und Martinwerken haben die Parteien vereinbart, daß ab 1. Januar 1928 wöchentlich 57 Stunden (Sonntags fünf Stunden), ab 1. April 1928 in drei Schichten (Sonntags acht Stunden) gearbeitet wird. Diese Vereinbarung gilt unkündbar bis zum 1. Dezember 1928. Der Deutsche Metallarbeiterverband und der Gewerkverein H. D. haben sich den eventuellen Rücktritt von dieser Vereinbarung bis zur Erklärungsfrist vorbehalten. Hinsichtlich der Klarstellung der Begriffe „erzeugende und weiterverarbeitende Industrie" ist vereinbart worden, daß diese Frage von einer gemischten Kommission, im Notfall aber durch ein Schlichtungsverfahren geregelt werden soll. Der zweite Schiedsspruch behandelt die Lohnfrage. Der Stundenlohn (Tariflohn) beträgt für den 21jährigen Facharbeiter 88 Rfg, für den 21jährigen Hilfsarbeiter 60 Rfg. Die Akkord- und Lehrlingslöhne sind gemäß der Vereinbarung vom 10. Dezember 1927 in den dafür eingesetzten Kommissionen zu regeln. Die anderen Bestimmungen des Schiedsspruches vom 18. Februar 1927 bleiben bestehen. Die Errechnungsweise für den Lohnausgleich wird von der Akkordkommission festgelegt. Es gelten dafür die Bestimmungen des Abkommens vom 10. Dezember 192..

Die Erklärungsfrist läuft bis zum 19. Dezember.

Von Arbeitgeberseite wird darauf hingewiesen, daß die Gesamtauswirkung der soeben veröffentlichten beiden Schiedssprüche im Zusammenhang mit der Durchführung der Arbeitszeitverordnung vom 16. Juli 1927 sich zur Zeit noch nicht völlig übersehen lasse. Es stehe aber fest, daß, wenn nicht im weiteren Verlaufe des Verfahrens eine wesentliche Milderung des Schiedsspruches zugunsten der Industrie eintrete, eine sehr große Mehrbelastung sowohl der eisenschaffenden wie der eisenverarbeitenden Industrie eintreten werde. Man verweist insbesondere auf die Regelung des Lohnausgleichs, welche die Werke sehr stark belasten werde, sowie weiter auf die Verdoppelung des bisherigen Mehrstundenzuschlags, besonders aber betrachtet man die allen berechtigten Erwartungen zuwider nunmehr doch erfolgte allgemeine Lohnerhöhung in ihrer weiteren Auswirkung sowohl für die eisenschaffende und eisenverarbeitende Industrie als auch für die gesamte übrige Wirtschaft als sehr schwerwiegend. Eine endgültige Stellungnahme von Arbeitgeberseite dürfte vor Ablauf der Erklärungsfrist am Montagabend nicht zu erwarten sein. Der weitere Gang des Verfahrens ist zur Zeit noch nicht zu übersehen, die Werke haben aber, um dieser Verschärfung der Lage ihrerseits abzusehen und um die schnelle Durchführung des Schlichtungsverfahrens nicht zu stören, beschlossen, Kündigungen zur Zeit nicht vorzunehmen, zumal die Anfang Dezember erfolgten Stillegungsanzeigen doch bis zum 31. Januar wirksam sind.

Der christliche Metallarbeiter-Verband Deutschlands teilt mit, daß der Schiedsspruch für die Großeisenindustrie Nord-West ein Abkommen enthält, das insofern einen Fortschritt darstellt, als festgelegt worden ist, daß die Sonntagsabendschicht nicht um 6 Uhr, sondern um 7 Uhr beginnt, und daß für außergewöhnliche Sonntagsarbeit von abends 7 bis 10 Uhr der im Rahmenvertrag festgesetzte Normalzuschlag von 50 auf 75 Prozent erhöht worden ist. Die Vertreter der anderen Arbeiterorganisationen haben dieser Regelung ebenfalls zugestimmt, aber die Unterschrift verweigert.

Der Hauptvorstand des Gewerkvereins deutscher Metallarbeiter nimmt in einer Erklärung zu der Entscheidung des Reichsarbeitsministers bezüglich der Verordnung über die Arbeitszeit in der Großeisenindustrie und zu dem Schiedsspruch Stellung. In dieser Erklärung wird u. a. gesagt daß die Entscheidung des Reichsarbeitsministers stark enttäusche, da sie von dem Sinne der Verordnung wesentlich abweiche. Wohl werde grundsätzlich an ihr festgehalten, aber andererseits würden Ausnahmen gestattet, die einer Außerkraftsetzung für die Dauer bis zu einem Jahre fast völlig gleich kämen. Wenn auch anerkannt werden solle, daß technische Schwierigkeiten vorhanden sind, so werde denselben doch in viel zu weitgehender Weise Rechnung getragen. Zusammenfassend könne gesagt werden, daß man in der Verkürzung der Sonntagsruhe die Aufhebung der gesundheitlichen Vorteile sehen müsse, die in einer Herabsetzung der Arbeitszeit auf acht Stunden lägen. Des ferneren sei zu bedauern, daß die Möglichkeit gegeben sei, daß für sehr viele Warm-Abteilungen die Verordnung, die die Notwendigkeit eines besonderen Schutzes für Leben und Gesundheit der Arbeiterschaft in diesen Betrieben anerkenne, erst am 1. Januar 1928 in Kraft treten könne. Durch die Entscheidung des Reichsarbeitsministers seien in überaus reichem Maße die Belange der Wirtschaft und weniger die in ihrer Gesundheit gefährdete Arbeiterschaft berücksichtigt worden. Zu dem inzwischen gefällten Schiedsspruch, der bezüglich der Lohnfrage nicht befriedigen könne, werde der Gewerkverein Deutscher Metallarbeiter in einer Konferenz am Sonntag im rheinisch-westfälischen Industriegebiet Stellung nehmen.

Die Gewerkschaften werden voraussichtlich in Funktionärsitzungen am Sonnabend und Sonntag in Essen zu dem heute in der Eisenindustrie gefällten Schiedsspruch Stellung nehmen.

### Der Schankstätten-Gesetzentwurf.

‡ **Berlin, 15. Dez. (Tel.)** Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages begann heute die Beratung des Schankstätten-Gesetzentwurfes. Von der Regierung wurde zur Begründung darauf hingewiesen, daß der Versuch gemacht werden solle, zu einer einheitlichen Regelung der Bedürfnisfrage zu kommen. Mit Entschiedenheit wandte sich der Regierungsvertreter gegen das Gemeindebestimmungsrecht, das nach reichlicher Erwägung in dem Entwurf keinen Platz gefunden habe. Der Entwurf sei ein goldener Mittelweg zwischen den extremen Bestrebungen, die sich von seiten der Interessentengruppen und Antialkohol-Vereinigungen gezeigt hätten.

## Die Wirtschaftspolitik des Zentrums.

Von Univ.-Prof. Dr. Fr. Dessauer M. d. R.

I.

Das Finale dieses Reichstages steht unter dem Zeichen der Wirtschaftspolitik, ebenso wie er seine Tätigkeit in diesem Zeichen begann. Damals — Dezember 1924 — war die politische Situation beeinflußt durch die Erschütterung der Deflation, insbesondere die Härte des Personalabbaus. Die Arbeitslöhne hatten seit Dezennien ihren tiefsten Stand. Deutschland befand sich in vollständiger handelspolitischer Isolierung und war im Zusammenhange damit in den Augen des Auslandes kreditunfähig. Die Frage der Lebenshaltung war aktuell für die übergroße Mehrzahl der deutschen Familien. Sie hatten während des Krieges mit der Zerstörung des deutschen Wohlstandes auch den eigenen Wohlstand eingebüßt und diese Einbuße war ihnen am Ende der Inflation erst vollständig zum Bewußtsein gekommen. Die Aufwertungsbewegung, dieses episodische, wenn auch noch nicht beendigte, Zwischenspiel wirtschaftspolitischen Charakters hatte die Wahlen stark beeinflußt und die Willensäußerung des deutschen Volkes zur Unklarheit getrübt.

So wie er unter dem Zeichen wirtschaftspolitischen Kampfes einzog, so wie er unter diesem Zeichen in der schweren Krisenzeit 1925 und 1926 kämpfte, so endete er unter ihm. Zwar die Wirtschaftskrisis ist überwunden — wenigstens für den Augenblick — der handelspolitische Weltanschluß wieder erreicht, die Kreditfähigkeit Deutschlands wenigstens vom Ausland aus nicht mehr angefochten, aber die Beamtenbesoldungsreform hat die Frage nach dem Lebensstandard auch anderer Berufe erneut wachgerufen, zwei große Streiks — der Braunkohlen-, Textilindustrie — sind gerade beigelegt, die Aussperrung der Tabakarbeiter beendet, und es droht eine Riesenauseinandersetzung in der Stahlindustrie. Die Versorgung der Sozialrentner liegt im Argen. Die Frage der Liquidationsgeschädigten ist brennend. Zwar Produktivität an Gütern und damit nationales Vermögen sind im Steigen, aber die Frage des gerechten Anteils an dem höheren Ertrag der Wirtschaft ist keineswegs gelöst, und es ist nicht sicher, ob dieser Reichstag den ihm zugedachten Teil an der Lösung noch wird vollbringen können. Vielleicht bricht er darunter zusammen. Vielleicht, ja ich möchte sagen, wahrscheinlich, wird auch die Neuwahl im Zeichen der Wirtschaftspolitik geschehen.

So haben wir denn allen Grund uns innerhalb des Zentrums über die Wirtschaftspolitik auseinander zu setzen. Denn wir sind eine politische Partei. Die Politik kommt aber von selbst immer mehr in die wirtschaftl. Sphäre. Von der deutschen Macht ist nur die Wirtschaftsmacht übrig geblieben, nur sie läßt sich in den internationalen Verhandlungen in die Wagschale werfen. Wir, die wir gewohnt sind, uns in erster Linie als Kulturpartei zu fühlen und zu geben, werden von selbst immer mehr eine Wirtschaftspartei. Eine freiheitliche Verfassung hat ernste Schwierigkeiten religiöser und kultureller Entfaltung, die in der Zeit der Gründung des Zentrums bestanden, beseitigt. Wir kämpfen noch, aber es ist schon vieles erstritten. Was aber die Wirtschaft anlangt, so ist alles in voller Verwandlung. Die Wirtschaftssysteme Rußland und der Vereinigten Staaten, untereinander in dem stärksten Gegensatz, sind von dem deutschen System weit unterschieden. Auch in Italien und deutlich, wenn auch mit Unterschieden, in fast allen Ländern, ist eine Umwandlung der Wirtschaftsordnung im Gange. Welche Ansicht haben wir Zentrumsleute von diesen Verwandlungen, wohin wollen wir die Wirtschaft führen? Welche Mission kommt uns zu? Und unsere Meinungen geklärt? Haben wir ein Programm? Wir haben, das ist sicher, den Grundsatz der wirtschaftlichen Gerechtigkeit. Aber das ist ein Grundsatz und noch kein Programm. Vielleicht könnte ein Zweifel bestehen, daß sich aus den Zentrumsgrundsätzen ein umrissenes Wirtschaftsprogramm aufstellen ließe. Vielleicht wird der Einwand erhoben, daß ein Zentrumsprogramm wohl als Kulturprogramm klar sich ergäbe, wie wir die Kinder erzogen und die Schulen eingerichtet haben wollen, aber daß es aus eben diesen Grundsätzen nicht deutlich wäre, wie man etwa Zollpolitik machen müsse. In einem letzten Sinne ist aber ein Kulturprogramm und ein Wirtschaftsprogramm so verschieden nicht, wie es beim ersten Anblick erscheinen mag. Wie Kultur-Wirtschaft zu ihren Fundamenten zählt, so äußert sich auch Kultur in den inneren u. äußeren Formen wirtschaftl. Geschehens. Es wäre nicht so falsch, wenn einer sagen würde, welche Wirtschaft ein Volk treibe, das hinge in hohem Grade davon ab, welche Kultur es besitzt. Mir kommt er darauf an, zu zeigen, daß die Wirtschaftspolitik keineswegs abseits der Zentrumsidee steht und einer Sphäre der Indifferenz angehört, sondern daß vielmehr im Grundsätzlichen der Wirtschaftspolitik von unserem Standpunkt aus das Wesentliche ebenso greifbar und formulierbar ist wie andere Teile unseres Programms, und daß dies geschehen kann unter deutlicher Abhebung vom liberalistischen und sozialistischen Wirtschaftsdenken, das weithin unsere Tage beherrscht.

Einen neuen Versuch in einer neuen Lage aus den alten Wurzeln unseres Schauens und Erkennens wenigstens zu Ansätzen eines wirtschaftlichen Programms vorzustoßen, die Bildung eines solchen Programms anzuregen oder weiterzutreiben, das soll die Aufgabe dieses Referates sein, welches aber dabei bemüht sein wird, auch an den Tagesfragen nicht vorbeizugehen.

II.

Das Wirtschaftsgeschehen bietet dem Betrachter ein überaus mannigfaltiges Bild. Was wollen wir unter „Wirtschaft" verstehen? Die Außenhandelsbewegung, den Innenmarkt, die Kapitalbildung, den Börseninder, der Wertpapiere, den Hypothekenmarkt, die Termingeschäfte die Bewegung der Devisen, die Bildung des Zinses, den Notenumlauf? Gewiß gehört dies alles und noch vieles andere zur Wirtschaft. Aber wenn der Bauer mit Boden und Wetter kämpft, wenn der Ingenieur berechnet, konstruiert, wenn der Hauer vorort die Kohle aus ihrem tausendjährigen Schlaf weckt, wenn der Handwerker einen Dachstuhl zimmert, der Chemiker eine neuen Farbstoff aufbaut — wie kommt es, daß wir dann ebenso von der Wirtschaft sprechen, obwohl es sich dabei offensichtlich um andere Geschehnisse handelt. Es ist üblich, von der Geldseite der Wirtschaft, bei unseren ersten Beispielen zu sprechen, bei dem Geschehen der zweiten Gruppe von Beispielen von der Güterseite zu reden. Bei dieser letzten Gruppe handelt es sich wirklich um die Schöpfung von Gütern durch drei Faktoren: Mensch, Natur und Technik. Jedes dieser Güter ist zum Menschen hin gerichtet und hat mit Rücksicht auf den Menschen einen Dienstwert. Bei der ersten Gruppe von Beispielen handelt es sich nicht unmittelbar um Güter, sondern um den von den Gütern abstrahierten und selbständig gemachten Tauschwert: das Geld. Kein Zweifel, daß die Geldwirtschaft mit der Güterwirtschaft verflochten ist, daß beide aufeinander wirken und daß Störungen der Feldwirtschaft auch auf die Güterseite stark zurückwirken, kein Zweifel aber auch, daß für den Politiker die klare gedankliche Scheidung dieser beiden Seiten der Wirtschaft von Bedeutung ist. In der wirtschaftlichen Tagesliteratur, den Wirtschaftsseiten der Presse, Reden der Wirtschaftsführer und Politiker in der Gegenwart fällt auf, daß ganz überwiegend von der Geldseite der Wirtschaft die Rede ist. Die Erzeugung der Güter und ihre Verteilung, also die Güterseite, tritt in der Öffentlichkeit auf einen ganz bescheidenen Raum zurück. Es ist ganz wenig davon die Rede, wie aus dem Zusammenspiel von Mensch, Natur und Technik das „Gut" oder die „Ware" entsteht. Es ist sehr viel davon die Rede, wie die Börse sich bewegt, von den Bankausweisen, der Kapitalsbildung, den Zinssätzen. Aber daß der Wohlstand eines Volkes und daß der Wohlstand jedes Einzelnen in Realität das Ausmaß der Lebensgüter ist,

also der Gegenstände selbst und nicht etwa der Ziffern, das ist aus dem Bewußtsein merkwürdig weit entschwunden. In Wirklichkeit besteht aber unser Besitz aus nichts anderem als aus den Produktionsgütern und den Konsumgütern, und die Quelle jeder Wohlfahrt ist im Fundament niemals das Gewinnspiel mit Ziffern, sondern das, was „im Schweiße des Angesichtes" erarbeitet wird. Zu den Zeiten von Karl Marx hat man sich sehr ernsthaft mit diesem Problem befaßt, und man kann deutlich sehen, wie von Adam Smith her, dem Vater der liberalistischen Wirtschaftsauffassung, dieses Überwiegen der Geldseite im Wirtschaftsbewußtsein immer mehr überhand nimmt. Ist es doch bezeichnend, daß diejenigen Teile unserer Tageszeitung, die sich mit der Wirtschaft befassen, sehr selten dieses Wort Wirtschaft als Überschrift tragen, sondern gewöhnlich mit „Handelsteil" oder „Börsenteil" überschrieben sind.

Es ist notwendig, den fundamentalen Unterschied zwischen Güterseite und Geldseite der Wirtschaftdeutlich zu sehen, denn bei dieser Betrachtung erweist sich ein Unterschied zwischen der liberalistischen Betrachtungsweise und der unseren. Einige Beispiele mögen das Verständnis erleichtern.

Wenn der Bauer ackert, sät, pflegt und erntet, dann wachsen die von ihm in Paarung der menschlichen Arbeit mit Natur und Technik hervorgebrachten Güter dem eigenen, dem nationalen Vermögen zu. Und zwar handelt es sich dabei um Vermehrung der Konsumgüter, und es läßt sich sagen, hätte er nicht gearbeitet, so wäre die Wirtschaftsnheit des Vaterlandes um eben diese Güter ärmer. Wenn ein Arbeiter eine Lokomotive baut oder einen Webstuhl, so wächst das von ihm in Paarung mit Natur und Technik hervorgebrachte Gut ebenfalls als Vermehrung des Wohlstandes dem Vaterlande zu. Wenn jemand an der Börse spekuliert und verdient, etwa im Termingeschäft Geld, dann ist dabei kein neues Gut produziert, kein objektiver Gegenstand dem nationalen Vermögen zugebracht. Der so Verdienende vermehrt seinen eigenen Wohlstand auch, aber nicht dadurch, daß er wie der Bauer oder Arbeiter selbst Güter hervorbringt, sondern dadurch, daß er vermöge seines Gewinnes sich selbst einen größeren Anteil an den Gütern, die im Vaterlande andere erzeugen, sichert. Das Verdienen mit Geldgeschäften ist grundsätzlich nur möglich, wenn die Güterbasis vorhanden ist, sind keine Güter in einem Land, keine Nahrungsmittel, keine Maschinen, dann sind die Ziffern des Geldes ihres Sinnes beraubt und keine Politik und keine Versprechung kann den Lebensstandard verbessern, wenn die Güter fehlen. Jedes Machtwort der Politik, jede demagogische Versprechung, jeder Geldgewinn scheitert, wenn die Magazine leer sind. Der erwerbstätige Mensch hat denjenigen Wohlstand, den die Kaufkraft seiner Hand- oder Kopfarbeit ihm gewährt.

Es ist richtig, die Unterschiede der beiden Seiten der Wirtschaft sich prägnant vor Augen zu halten. Deswegen noch einige, vielleicht etwas übertriebene Formulierungen. Bei der Güterseite handelt es sich in erster Linie um Produktion, bei der Geldseite in erster Linie um Gewinn. Bei der Güterseite handelt es sich um den Gebrauchswert der Gegenstände, in der Geldseite nur noch um den Tauschwert der Güter, ja häufig nicht einmal mehr darum, sondern um die selbständig gemachte Abstraktion des Tausches; das Geld. In der Güterwirtschaft handelt es sich um den Dienst, die Versorgung, die Bildung des Fundamentes, in der Geldwirtschaft handelt es sich um möglichsten Anteil an der Güterbasis; bei der Güterwirtschaft handelt es sich um die Leistung für den Mitmenschen, um ein Geschehen in Verbindung mit Natur und Technik; in der Geldwirtschaft steht im Vordergrunde des Denkens beim Wirtschaftsindividuum der eigene Nutzen. Die Natur und Technik haben nichts damit zu tun, wenn die Börsenwerte festgesetzt werden. Das hat nicht die Bedeutung, daß die Geldseite der Wirtschaft vernachlässigt werden dürfte, daß man keine Börse brauchte — keineswegs; es heißt vielmehr nur, daß es sich um zwei verschiedene Sphären des Geschehens handelt, von denen die eine, die Güterseite, fundamental, lebensnah, naturverbunden, mehr gedanklich, mehr konstruktiv, schneller beweglich, auf engere Kreise beschränkt, nicht im gleichen Maße selbständig ist.

Für unser Wirtschaftsprogramm ergibt sich daraus eine Reihe von Konsequenzen, von denen ich einige im Nachfolgenden darstellen will.

## Der Reichsrat stimmt der Besoldungsvorlage zu.

+ **Berlin, 15. Dez.** Der Reichsrat erklärte sich in seiner Vollsitzung am Donnerstag einstimmig mit der Besoldungsvorlage in der Fassung der Reichstagsbeschlüsse einverstanden. Bayern, Thüringen, Württemberg und einige andere kleine Staaten ließen erklären, daß sie zwar insbesondere aus finanziellen Gründen mit der Vorlage nicht einverstanden seien, aber im Interesse der Beamtenschaft von einem Einspruch Abstand nahmen.

Einverstanden erklärte sich der Reichsrat auch mit einer Verordnung, die gleichzeitig mit der Besoldungsordnung in Kraft treten soll, wonach die bisherigen örtlichen Sonderzuschläge aufgehoben werden sollen. Nur in den Orten des besetzten Gebietes wird längstens für die Dauer der Gewährung der Besatzungszulage noch der Zuschlag gewährt, aber zu einem ermäßigten Prozentsatz. Der Reichsrat erklärte sich weiter mit den Reichstagsbeschlüssen zu dem Gesetzentwurf über die Krankenversicherung der Seeleute einverstanden. Angenommen wurde ein Gesetzentwurf betr. ein Abkommen mit Finnland über die Unfallversicherung. Die Geltungsdauer der Verordnung über die Ausfuhr von Kunstwerken, wurde bis Ende Dezember 1929 verlängert. Das Kriegsschäden-Schlußgesetz wurde angenommen. Aus finanziellen Gründen ist von dem Reichsrat an den Sätzen der Vorlage nichts geändert worden.

## 400 Millionen-Dollaranleihe für die Reichsbahn?

b **Berlin, 15. Dez. (Tel.)** Zwischen dem Generaldirektor der deutschen Reichsbahngesellschaft, Dr. Dorpmüller, und dem Reparationsagenten Gilbert haben, wie die „B. Z." berichtet, wichtige Verhandlungen über die Aufnahme einer Reichsbahnanleihe in Amerika stattgefunden. Es ist eine Anleihe bis 400 Millionen Dollar in Aussicht genommen. Für die Anleihe kommt nur der amerikanische Kapitalmarkt in Frage.

*

Von zuständiger Seite erfährt die TU zu der Anleihefrage der Reichsbahn: Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft beabsichtige schon im Frühjahr dieses Jahres, für die werbenden Anlagen ihres Jahresprogramms Vorzugsaktien auszugeben. Mit der Reichsregierung wurde jedoch damals vereinbart, hinter der Reichsanleihe zurückzustehen und erst im Laufe des Herbstes dieses Jahres an den Markt zu gehen. Leider erwies sich diese Absicht als nicht ausführbar, weil inzwischen der deutsche Markt seine Aufnahmefähigkeit verloren hatte und einer Auslandsanleihe sich die bekannten Schwierigkeiten entgegenstellten.

Seitdem ist die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft bemüht, diese Schwierigkeiten zu beheben, und es haben zu diesem Zweck widerholte Vorbesprechungen sowohl mit der Reichsregierung wie mit dem Reichsbankpräsidenten, mit dem Eisenbahnkommissar, wie mit dem Generalagenten für Reparationszahlungen stattgefunden.

Zu einem Ergebnis, wonach mit einer alsbaldigen Ausgabe von Vorzugsaktien gerechnet werden könnte, ist es jedoch bisher nicht gekommen. Nach wie vor legt die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft besonderen Wert darauf, ihre Vorzugsaktien auf dem deutschen Markt unterzubringen. Nur somit die auf dem deutschen Markt aufzubringenden Mittel für die Reichsbahn nicht ausreichen, würde der Auslandsmarkt beansprucht werden müssen.

## Die kommenden Reparationszahlungen

Im neuen Reichshaushalt, der 9350 Millionen Mark an Einnahmen und Ausgaben vorsieht, treten auch die ersten normalen Zahlungen aus dem Dawesplan in die Erscheinung. Diese belaufen sich von September 1928 bis 31. August 1929 auf genau 2207 Millionen, und 200 000 Mark. Dieser ungeheuerliche Betrag ist für eine Reihe von Jahren vorgesehen. Es ist aber jetzt schon gar kein Zweifel darüber, daß eine Dauerbelastung von dieser Höhe einfach nicht zu tragen ist und daß in absehbarer Zeit eine wesentliche Änderung der Zahlungsgrundlage erfolgen muß.

Bei dieser Gelegenheit sei auch festgestellt, daß die unmittelbaren Ausgaben des Deutschen Reiches für den Weltkrieg von 1914 bis 1918 nicht weniger als 145 Milliarden Goldmark betrugen. Diejenigen Aufwendungen, die nun für den Verlust des Krieges seit dem politischen und militärischen Zusammenbruch gemacht worden sind, belaufen sich mit den direkten und indirekten Ausgaben nach innen und außen heute schon auf das Mehrfache dieser Summe!

---

**Die Revision im Fememordprozeß Wilms verworfen.**

tu **Leipzig, 15. Dez.** Der 2. Strafsenat des Reichsgerichts hat heute in der Revisionssache Fuhrmann, Klapproth, Schulz und Limbofer — Fememordprozeß Wilms — folgende Entscheidung verkündet: Die von der Staatsanwaltschaft gegen die Freisprüche in den Fällen von Poser, Stanthin und Budzinsky und die von den Verurteilten eingelegte Revision wird verworfen.

**Die Aufwandsentschädigung der Abgeordneten.**

vdz **Berlin, 15. Dez, (Tel.)** Im Hauptausschuß des Preußischen Landtags sollte am Donnerstag abend der Antrag der Deutschen Volkspartei auf Änderung des Diätengesetzes der Landtagsabgeordneten verhandelt werden, wonach eine Erhöhung der Aufwandsentschädigung der Abgeordneten nicht eintreten soll. Nach kurzer Geschäftsordnungsaussprache wurde, ohne daß in materielle Beratung eingetreten war, beschlossen, erst die Entscheidung des Reichstages in der gleichen Frage abzuwarten.

**Dr. Stresemanns Besuch in Königsberg.**

tu **Königsberg, 15. Dez. (Tel.)** Außenminister Dr. Stresemann reist heute abend nach Königsberg, wo er morgen mittag vom Königsberger Oberbürgermeister empfangen werden wird. Am Nachmittag findet ein Tee beim Rektor der Universität statt. Am Abend gibt die Stadt Königsberg zu Ehren Dr. Stresemanns ein Bankett. Der Reichsaußenminister wird bis Samstagabend in Königsberg bleiben, um Besprechungen mit den Führern seiner Partei zu halten und sich dann wieder nach Berlin zurückbegeben.

# Die Etatsberatungen im Landtage.

pd **Berlin, 15. Dez. (Tel.)**

Die heutige Sitzung des preußischen Landtages wurde gegen ½1 Uhr eröffnet.

Das Haus setzte die

**erste Beratung des Etats 1928**

fort. Mit der Beratung verbunden ist u. a. der Bericht des Verkehrsausschusses, der sich darüber befriedigt erklärt, daß der Staatsgerichtshof den preußischen Anspruch auf Ernennung eines Mitgliedes zum Verwaltungsrat der Reichsbahn bestätigt hat. In der allgemeinen Aussprache fordert

Abg. **Heilmann** (Soz.), der Finanzminister müsse erklären, welche Sicherheit er dafür habe, daß der gegenwärtige Präsident der Preußenkasse diejenige Finanzpolitik treibe, die das Staatsministerium befolge. Der Finanzminister habe sich nicht über den Gang der Abfindungsverhandlungen mit den Hohenzollern geäußert. Während Preußen den Standesherren 100 Prozent ihrer Jahresrente zur Abgeltung geben wolle, verlange der Reichsjustizminister Hergt das Doppelte (Hört! Hört!) Der preußische Finanzminister müsse endlich erklären, wie er sich gegen Herrn Hergt durchsetzen wolle. Der Finanzminister habe sich auch nicht über die Schwierigkeiten geäußert, die der Reichsbankpräsident der zweiten Amerikaanleihe Preußens bereitet habe. Man stehe bei diesem Vorgehen tatsächlich einem Plan der Großindustrie und des Reichsbankpräsidenten gegenüber, die öffentlichen Unternehmungen zu beseitigen, und sie dem Privatkapital auszuliefern. (Sehr richtig! links.) Die Tätigkeit des Reichsbankpräsidenten müsse öffentlich bekämpft werden. In der Frage der Ernennung eines Mitgliedes zum Verwaltungsrat der Reichsbahn sei das Verhalten des Reiches ausgesprochen unfreundlich und ungerecht so daß man es sich nicht mehr gefallen lassen könne. Der Redner behandelte dann den Brief des Reichskanzlers Marx an den Ministerpräsidenten Braun, der sich mit dem Brief des Reichsinnenministers von Keudell an die Studentenschaft beschäftigt. Die Autorität Preußens stehe so fest, daß man es bei einer Verwahrung und zwar nicht wegen der Person, sondern wegen des Amtes Keudells habe belassen können. Der Redner betont weiter, die preußische Regierung sei jetzt so stark, daß ernsthafte Versuche zu ihrem Sturz kaum noch gemacht würden Putschpläne brauche sie nicht zu fürchten. Ministerbeleidigungen in Preußen würden immer noch zu gering bestraft. Der Ruf nach dem Einheitsstaat werde immer lauter. Übergangsregelungen dürfe es dabei nicht geben.

Abg. **Becker** (DN.) erklärt dem Vorredner gegenüber, daß dessen Angriffe gegen den Besitzbürgerblock im Reiche fehlgehen, denn der preußische Vertreter im Reichsratsausschuß habe selbst gegen die Herabsetzung der Lohnsteuer gestimmt. (Hört! Hört! rechts.) Wenn der Vorredner weiter gemeint habe, die Verwaltungsratsmitglieder der Reichsbahn weigerten sich, auf ihre Einnahmen zu verzichten, so sei dem Vorredner zu empfehlen, einmal die Barmat-Akten durchzublättern. (Sehr richtig! rechts.) In weitesten Kreisen des Volkes werde die Stellung Preußens zum Reich als unhaltbar bezeichnet. Preußen wolle scheinbar in der Flaggenfrage keine Versöhnung mit dem Reich. Die Staatsregierung ziehe sich durch ihre Boykottpolitik aus. Moralische Eroberungen habe sie nicht gemacht. Ein preußischer Ministerpräsident sollte auch nicht Anlaß zu Belehrungen über den guten Ton im politischen Leben geben. Der Einheitsstaat werde keine Ersparnisse bringen. Die Weimarer Verfassung, die die Alleinherrschaft der Parteien gebracht habe, sei schuld an der unnötigen Gesetzgeberei und Vielregiererei. Die Deutschnationalen wollten den Absolutismus des Parlamentarismus beseitigen und durch den Reichspräsidenten die Reichskanzler ernennen lassen, die zugleich preußische Ministerpräsidenten sein sollen. Preußen dürfe dabei seine Eigenstaatlichkeit jedoch nicht aufgeben. Wenn Reichskanzler Marx das Zentrum als eine Verfassungspartei bezeichnet habe, so seien auch die Deutschnationalen eine Verfassungspartei. Die Deutschnationalen wollten den Gegenwartsstaat zu einer Form umbauen, in der das deutsche Volk gedeihlich leben könne.

Finanzminister Dr. **Höpker-Aschoff** legte dann die Kreditpolitik der Preußenkasse dar und betonte, daß die Preußenkasse gerade nach der Inflation der Wirtschaft und besonders der Landwirtschaft, große Dienste geleistet habe. Als letzte Rate der Abwicklungskredite hätte die Preußenkasse in diesem Jahre 227 Millionen zurückzuzahlen müssen. Die Gesamtsumme der genossenschaftlichen Sammelakzepte betrage 358 Millionen, zu denen noch 203 Millionen Kundenwechsel kämen. Verbandskassen hatten an Krediten 737 Millionen, sonstige ländliche Vereinigungen 141 Millionen und andere landwirtschaftliche Kreditnehmer 3 Millionen erhalten. Die Lage der Preußenkasse gebe zu Besorgnissen keinen Anlaß. Zu den Erörterungen über eine Zusammenfassung der Preußenkasse mit der Rentenbank-Kreditanstalt, sei nur zu sagen, daß die preußische Staatsregierung sich ihren Einfluß auf die Preußenkasse nicht schmälern lassen wolle. In der Frage der Abfindung der Standesherren habe die preußische Regierung neuerdings das Bestreben verfolgt, mit dem Reich zu einer einheitlichen Regelung zu kommen. Die Grundlage müsse eine Kapitalisierung der Renten und eine Abfindung mit 8 Prozent sein. Die Reichsregierung wolle darüber hinaus für Liegenschaften höhere Renten. Es liege ein Gerichtsurteil vor, wonach Leibeigenschaftsrenten als nicht mehr mit der heutigen Zeit vereinbar bezeichnet werden. Der Minister betonte, daß, falls keine Einigung mit der Reichsregierung erfolge, Preußen selbständig vorgehen müsse.

Abg. **Graß** (Ztr.) stellte fest, daß in der Verwaltung Preußens stabile Verhältnisse herrschten. Beim Etat dürfe über die vorhandenen Mittel nicht hinausgegangen werden. Anleihemittel dürften nur zu produktiven Zwecken verwandt werden. Die heutige Verschuldung des preußischen Staates sei durchaus normal. Der Redner forderte Steuersenkungen, besonders auch auf dem Gebiet der Realsteuern. Die Verwaltungsreform müsse von unten heraus kommen. Das Zentrum unterstütze die Regierung, wenn sie für den Wohnungsbau den Anleiheweg beschreite. Über die Besoldungsreform für die Beamten dürfen die Arbeiter nicht vergessen werden. Die Verhältnisse bei der preußischen Zentralgenossenschaftskasse, die fest in den Händen Preußens bleiben müsse, seien durchaus normal gelagert. Es wäre ein Hohn auf die Menschheit, wenn man in der heutigen Notzeit die Ansprüche der Standesherren zu 100 Prozent aufwerten wolle. Der Fehlbetrag des Etats müsse ohne Erhöhung der Steuern ausgeglichen werden.

Abg. **von Richter** (DVp.) wandte sich gegen die Vorwürfe, die der Abg. Heilmann gegen das Reichsgericht gerichtet hatte. Bedauerlich sei, daß der preußische Finanzminister nicht mit gleicher Energie, mit der er gegen jede Erhöhung der Gehaltssätze in der Besoldungsvorlage vorgegangen sei, sich auch gegen die Herabsetzung von Gehaltssätzen gewandt habe. (Sehr richtig! rechts.) Das Eingeständnis des Finanzministers, daß der Etat mit einem Defizit abschließe, sei eine Bankerott-Erklärung der Staatsregierung, wenn sie nicht wisse, wie dies Defizit gedeckt werden solle. Vor aller Öffentlichkeit müsse festgestellt werden, daß der jetzigen Regierung das Gleichgewicht im Etat nur durch die Überschüsse möglich gewesen sei, die sie von ihrer Vorgängerin übernommen habe. (Lebhaftes Sehr richtig! rechts.) Seit vier Jahren befinde Preußen sich in einer Defizitwirtschaft. Die Regierung vertraue darauf, daß es dem Landtag möglich sein werde, das Defizit zu beseitigen. Sie selbst erkläre sich dazu außerstande. (Hört! Hört! rechts.) Der Redner bemängelt weiter die dauernde Steigerung der Personalausgaben, erkenne aber die Produktivität der preußischen Anleihen an. Die Verwaltungsvereinfachung könne nur durch Verhandlungen zwischen den Ländern und dem Reiches gelöst werden.

Die Beratungen wurden darauf abgebrochen. Das Haus vertagte die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr.

## Mussolini über die italienisch-französischen Beziehungen

‡ **Rom, 15. Dez. (Tel.)** Im heutigen Ministerrat kam Mussolini auf die italienisch-französischen Beziehungen zu sprechen und erklärte, er glaube, daß eine herzliche auf breiter Basis aufgebaute dauerhafte Entente zwischen Italien und Frankreich möglich, nützlich und notwendig sei. Zur Herstellung einer solchen Entente sei es notwendig, daß bestimmte Punkte, die Reibungen zwischen beiden Ländern hervorrufen könnten, ausgeschaltet würden. Zwei Tatsachen erlaubten ihm, an eine Klärung der Beziehungen zu glauben, nämlich die freundschaftliche Rede Briands und die Unterzeichnung des modus vivendi in der Niederlassungsfrage. Die diplomatischen Vertreter würden in der nächsten Zeit die Differenzpunkte der Beziehungen prüfen. Nach diesen notwendigen Vorarbeiten würde ein Zusammenkommen der verantwortlichen Minister die logische Folge sein, die im Zeitraum einer kurzen Unterredung eine Übereinstimmung nicht überhastet suchen, sondern sie feierlich bestätigen sollten.

---

**Das afghanische Königspaar in Bombay.**

⊕ **London 15. Dez. (Tel.)** Das afghanische Königspaar traf gestern abend aus Karatschi in Bombay ein. Anstelle des erkrankten Vizekönigs wurde das Königspaar durch den Gouverneur Sir Leslie Wilson empfangen. Die Eskorte des Königspaares bestand aus einer Batterie berittener Artillerie, einem britischen und indischen Kavallerieregiment, der Leibgarde des Vizekönigs und des Gouverneurs und einem Freiwilligenkorps, das sich vorwiegend aus europäischen Bombayer Geschäftsleuten zusammensetzte. Am Abend fand ein Staatsbankett statt, an dem neben den führenden Persönlichkeiten der englischen Verwaltung und der indischen Regierung auch eine Reihe indischer Fürsten teilnahmen.

## Aus der Stadt Münster.

**Münster, 16. Dezember.**

⊕ **Veruntreuungen bei den Wikingwerken.** Bei der hiesigen Hauptverwaltung der Wikingwerke wurden am Mittwoch Veruntreuungen des Kassierers ermittelt, deren Höhe zwischen 100 000 und 200 000 Mark liegen dürfte. Genau ließ sich der Betrag noch nicht ermitteln, wenn auch der Sachverhalt völlig geklärt ist. Die Angelegenheit wurde der Staatsanwaltschaft zur weiteren Verfolgung übergeben. Der Kassierer ist flüchtig, doch rechnet man mit seiner baldigen Verhaftung.

**Aus der Partei.**

**Über die Besoldungsreform**, die nunmehr endlich im Parlament zum Abschluß gekommen ist, sprechen am kommenden Montag in einem Vortragsabend des Alt-Windthorstbundes die Abgeordneten **Baumhoff** und Dr. **Schmedding**. Beide Redner waren Mitglieder des Besoldungsausschusses im Preußischen Landtag und dürften somit über alle Einzelheiten der Reform und ihre Auswirkungen Bescheid geben können. Der Vortragsabend ist 8½ Uhr im Cimbernhaus. Alle Zentrumswähler sind zugelassen.

## Der große Schmuggler-Prozeß.

△ **Münster, 15. Dezember.**

In der Nachmittagssitzung

wurde zunächst der Zeuge Zollbeamter Opatz vernommen. Opatz war eine zeitlang Untergebener des Angeklagten Spieß auf dem Zollamt Heidenend. Er schilderte kurz die Arbeitsüberlastung auf dem fraglichen Zollamt und die Art der Revision der zu verzollenden Gegenstände. Ob Waren durch Spieß in der durch die Anklage vorgeworfenen Weise durch die Barriere gelassen worden sind, konnte er nicht angeben. Auch hatte er das berüchtigte Schmuggelauto oder die angeklagten Kraftwagenführer früher noch nicht gesehen.

Der Zollassistent Fürbach war von Juli 1925 ab ebenfalls auf dem Zollamt Heidenend tätig. Auch er hat keine besonderen Wahrnehmungen gemacht. Die Tatsache, daß Spieß über seine Verhältnisse gelebt hat, weiß dieser Zeuge ebenso wie der Vorzeuge nur vom Hörensagen.

Die Zeugin Frl. Immerath war als Angestellte bei der Firma Breuer u. Förster in Uerdingen als Buchhalterin. Die Angeklagten Walterscheidt, Gref und Kremer waren ebenfalls dort angestellt. Die Ankunft des geschmuggelten Kaffees will die Zeugin nicht beobachtet haben. Auch die angeklagten Chauffeure kennt die Zeugin nicht. Die Firma war durch einen Vertreter Schmitz aus Krefeld und später durch einen gewissen van Eyk mit der holländischen Schmuggelfirma Beuerskens in Verbindung getreten. Entgegen kaufmännischen Gepflogenheiten kamen diese Schmuggelsendungen ohne vorherige Avisierung an. Das Gewicht wurde durch den Angeklagten van Gref nachgeprüft und die Zeugin rechnete die Beträge aus. Auffällig war der Zeugin, daß das Geld für diese Sendungen ständig durch Boten abgeholt wurde. Eine besondere Beziehung der Angestellten ihrer Firma zu den Boten der Schmuggelwaren konnte die Zeugin nicht angeben.

Ferner wurden noch der Buchhalter Karl Wilhelms und der Bürogehilfe Werner Weinhardt vernommen. Auch ihnen fiel das Geschäftsgebaren mit der holländischen Firma auf, weil es abwich von den üblichen kaufmännischen Gewohnheiten. Wilhelms hatte schon früher einmal von einem Kriminalbeamten gehört, daß seine Firma Schmuggelkaffee bezöge.

Der Zeuge Zollassistent Schütte war als Zollaufsichtsposten dem Zollamt Hemden zugeteilt. Ihm wurde von der Grenzbevölkerung bekannt, daß viel über das Zollamt geschmuggelt werde. Bei der Grenzbevölkerung sei Strohmeyer gut zu leiden gewesen, denn wenn etwas nicht in Ordnung gewesen sei, so habe er ein Auge und manchmal beide Augen zugedrückt. Einmal sei er, der Zeuge, mit Strohmeyer im Zollgebäude gewesen, da habe draußen ein Hahn gekräht, der anscheinend auch geschmuggelt werden sollte. Strohmeyer sei aber gar nicht hinausgegangen. Sein üppiges Leben habe Strohmeyer damit begründet, daß er einen reichen Onkel in Hamburg habe, der ihm häufig etwas zukommen ließe. Der Zeuge erklärt weiter, ihm sei von der Bevölkerung erzählt worden, daß ganze Wagen voll lebendes Vieh unverzollt über die Grenze gegangen seien.

Nach 7 Uhr wird die Verhandlung vertagt. Am Freitag morgen soll keine Sitzung stattfinden, weil das Gericht sich zu einer Vorberatung zurückziehen will. Nächste Sitzung Freitag nachmittag.

## Aus der Provinz Westfalen.

w **Dortmund, 15. Dez. (Zwei Bergleute tödlich verunglückt.)** Auf der Zeche Gottessegen in Lütgendortmund gerieten in der heutigen Frühschicht zwei Bergleute, als sie nach der Abgabe eines Sprengschusses in die abzubauende Strecke gingen in giftige Gase. Beide konnten nur als Leichen geborgen werden.

## Lose Blätter

**Die „Seeräuber-Insel" im Meere versunken.**

Durch eine trockene Mitteilung des „Hydrographischen Instituts" zu Washington wird die Tragödie eines der romantischsten Reiche der Welt enthüllt. Das Hydrographische Institut der Vereinigten Staaten meldet nämlich, daß 10 Grad 10 Minuten nördlicher Breite und 80 Grad östlicher Länge eine vulkanische Insel versunken ist, die eine Höhe von ungefähr 90 Fuß hatte. Dadurch ist für die Schiffahrt jetzt eine Stelle von höchster Gefahr entstanden, worauf das Hydrographische Institut die Aufmerksamkeit der Seefahrer richtet. Diese kleine vulkanische Insel, nordöstlich der Runden Insel, in der Nähe von Hongkong, war ein Piratennest schlimmster Art, wie wir es nur zu Zeiten der Römerherrschaft im Mittelländischen Meere finden. Sie war unter den Fischern des Ostens nur als die „Seeräuber-Insel" bekannt, auf der ein kleines Völkchen hauste, dessen Männer nur aus Seeräubern bestanden, und das einem Fürsten untertan war, der Mala Dalak hieß und der gefürchtetste Seeräuberhauptmann der chinesischen Gewässer und der Schrecken der umliegenden Inseln war. Dieser Mala Dalak war ehemals ein chinesischer Soldat, der wegen eines Raubmordes hingerichtet werden sollte, aber in einer stürmischen Nacht aus dem Gefängnis, das sich am Meeresstrande erhob, viele Meter tief in das Meer sprang und auf die nächstgelegene Insel schwamm, wo er sich durch Raub und Mord Waffen besorgte. Hier hatte er bald eine kleine Schar von Gesinnungsgenossen um sich versammelt, mit denen er ein wüstes Räuberleben führte. Als sie einmal ein Händlerschiff überfielen, wurden sie Piraten und siedelten sich in dem unzugänglichen Eiland an, das jetzt mit Mann und Maus vom Meere verschlungen wurde. Sie raubten von den Nachbarinseln Frauen und führten ein gemütliches Familienleben bis zu der Zeit, wo sie wieder in Nacht und Sturm hinausgingen, um neue Beute nach Hause zu bringen. Mala Dalak war nicht nur der Räuberhauptmann, sondern auch der unumschränkte Herrscher der Insel. Von diesem einzigartigen Kaiserreich drang durch die Seeräuber bald die Kunde in die zivilisierte Welt, aber, da die Seeräuber nur Chinesen und Malaien beraubten, so hatte niemand Interesse daran, einzugreifen. Nun ist die ganze Herrlichkeit im Meer versunken.

**Der Nassak-Diamant für Primo de Riveras Marschallstab.**

Aus Anlaß der Ernennung des spanischen Diktators Primo de Rivera zum Marschall beabsichtigen seine Anhänger, ihm als Schmuck seines Marschallstabes den weltberühmten Nassak-Diamanten zu schenken, der vom Herzog von Westminster unlängst an einen Pariser Juwelier namens Mauboussin veräußert wurde und gegenwärtig in Newyork zum Kauf angeboten wird, ohne daß sich bisher ein Kauflustiger für ihn gefunden hätte. Ursprünglich wollten Primo de Riveras Anhänger ihm ein Schloß als Geschenk anbieten, aber die öffentliche Sammlung, die sie zu diesem Zweck ausschrieben, brachte ein über alle Erwartungen großes Ergebnis, so daß sie sich zum Ankauf des Nassak-Diamanten entschlossen. Der Diamant gelangte nach wechselvollem Schicksal aus Indien, wo er das Auge eines Götzenbildes geziert hatte, im vorigen Jahrhundert nach England und wurde zum ersten Male bei der Krönung der Königin Viktoria 1837 von dem damaligen Marquis von Westminster als Knauf seines Schwertes getragen.


**Rheila Perlen**
Stündlich 1-2 schützen Dich vor Husten und Erkältung
Schacht. Mk. 1.- nur in Apotheken u. Drogerien

Weihnachtspackung!




KALODERMA-SEIFE
F. WOLFF & SOHN
Mk. 2.- die Schachtel

## Die Brandkatastrophe in Quebec.

△ **Newyork, 15. Dez.** Nach den letzten Meldungen aus Quebec beträgt die Zahl der **Todesopfer** bei dem Brande des Waisenhauses wahrscheinlich **fünfzig**. Die Feuerwehr sucht noch immer unter den Trümmern nach weiteren Leichen. Der Brand ist vermutlich durch eine Firnisexplosion entstanden, wodurch ein Tannenbaum in Brand geriet. Die Kinder wurden aus den Schlafsälen in Nachthemden ins Freie geführt oder auf Leitern hinausgetragen. Viele Kinder mußten in die Sprungtücher springen. Bei zahlreichen Verletzten sind schwere Verbrennungen festgestellt. Die Toten sind gemeinschaftlich aufgebahrt worden.

Die wenigen bis jetzt geborgenen Kinderleichen zeigen deutlich, daß die Opfer den Feuertod oder Erstickungstod gefunden haben. Das Waisenhaus ist ein 140 Jahre altes Gebäude.

## Schweres Eisenbahnunglück in Rußland.

**20 Personen getötet.**

**Warschau, 15. Dez.** Wie aus Riga gemeldet wird, stieß in der Nähe von Dnjeprowsk ein Arbeiterzug mit einem Güterzug zusammen. Mehrere Wagen des Arbeiterzuges wurden zertrümmert. Zwanzig Personen wurden getötet, dreißig schwer und eine größere Anzahl leicht verletzt.

## Vermischtes.

* △ **Wiederauffindung eines verschwundenen Greises.** Berlin, 15. Dez (Tel.) Seit mehr als einem Vierteljahr war der in Hahne in der Mark bei seinem Sohne wohnende 84 Jahre alte Greis, der zum Besuch seiner Tochter nach Berlin gefahren war, von seinen Angehörigen vermißt worden. Auf Grund der Zeitungsnotizen ist der Greis nunmehr im Siechenhause in Rummelsburg wiederaufgefunden worden. Er hatte sich seinerzeit verirrt und war von der Polizei, da er sich nicht recht verständlich machen konnte und keine Papiere besaß, dem Siechenhause zugeführt worden.

* **w Sieglitzer Schülertragödie.** Berlin, 15. Dez. Der Verteidiger des Primaners Krantz, gegen den Anklage wegen gemeinschaftlichen Mordes an dem Kochlehrling Stephan erhoben wurde, hat den Antrag gestellt, das Verfahren gegen Krantz wegen Mordes nicht zu eröffnen, da jeder Beweis fehle, daß Krantz an der Tat des Günther Scheller teilgenommen habe. Inzwischen hat der Rechtsbeistand des Fabrikanten Scheller beantragt, das Verfahren gegen Krantz auch wegen Ermordung des Günther Scheller, der Lintshändler war, einzuleiten, da der angebliche Selbstmordschuß des Günther Scheller in die rechte Schläfe abgegeben worden war. Gegen den Beschluß des Staatsanwaltschaft, die diesen Antrag abgelehnt hatte, ist jetzt Beschwerde erhoben worden. Ferner hat der Rechtsbeistand des Fabrikanten Scheller noch beantragt, Krantz auch wegen Bedrohung Hilde Schellers und wegen Beraubung zu deren Ermordung unter Anklage zu stellen.

* △ **Zwei Verhaftungen in der Brandenburger Mordaffäre.** Berlin, 15. Dez. Wie die Spätabendblätter berichten, wurden im Verlauf der Ermittlungen nach den Mördern des Brandenburger Brauereibesitzers Julius Freydank in der vergangenen Nacht in Brandenburg zwei junge Leute, der 18 Jahre alte Erich Schmidt und der 20 Jahre alte Willi Schmidt, beide erwerbslose Arbeitsburschen unter dem dringenden Verdacht der Täterschaft festgenommen. Sie bestreiten die Tat und wollen einen Alibibeweis antreten. Es sind gegen sie jedoch zahlreiche schwerwiegende Verdachtsmomente vorhanden, darunter auffallende Geldausgaben und beträchtliche Neuanschaffungen. Willi Schmidt war früher in der Bierbrauerei beschäftigt und hatte mit Freydank wegen seines Lohnes einen Konflikt, als er dann den Dienst verließ.

* ⊙ **Piscator zur Unterlassung der Darstellung des früheren Kaisers verurteilt.** Berlin, 15. Dez In dem Prozeß des früheren Kaiser Wilhelms II. gegen den Leiter der Piscator-Bühne G. m. b. H., Erwin Piscator, wegen Darstellung der Figur des früheren Kaisers in dem Tolstoischen Stück „Rasputin" wurde heute vor der vierten Zivilstrafkammer des Landgerichtes I unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Richter das folgende Urteil verkündet: „Der Beklagte wird verurteilt, zur Vermeidung einer der in den Paragraphen 888/890 der Zivilprozeßordnung angedrohten Strafen bei der öffentlichen Darbietung des Stückes „Rasputin" von A. Tolstoi und Echtschegolem die den Kläger wiedergebende Darstellung zu unterlassen. Die Kosten des Rechtsstreits trägt der Beklagte. Das Urteil ist gegen Sicherheitsleistung von 5000 Mark vorläufig vollstreckbar."

* ⊙ **Schrecklicher Tod eines Siebzigjährigen.** Stettin, 15. Dez. Ein schreckliches Ende fand der 70jährige Insasse des Stettiner Johannisklosters Wilhelm Busch. Er hatte sich im Walde verirrt und war abends in einen Stacheldrahtzaun geraten, aus dem er sich nicht mehr befreien konnte. Man fand ihn am Morgen erfroren auf.

* △ **Ein fünfjähriger Knabe verbrannt.** Rendsburg, 15. Dez. Heute vormittag brach in einem Hause in Abwesenheit des Besitzers ein Feuer aus, das sehr schnell um sich griff. Ein Chauffeur, der mit seinem Wagen zufällig des Weges kam, stieg in das völlig verräucherte Haus ein und konnte den dreijährigen Sohn des Besitzers retten, während ein fünfjähriger Knabe den Tod in den Flammen fand. Der Chauffeur hat bei dem Rettungswerk mehrere Verletzungen erlitten. Das Haus ist völlig niedergebrannt.

* △ **Doppelselbstmord.** Saßnitz, 15. Dez Auf einem Landweg bei Saßnitz wurde heute eine Frau erschossen aufgefunden. Neben der Ostmole fand man später eine Aktentasche mit einem Brief, in dem ein angeblicher Schriftsteller aus Dortmund mitteilt, seine Frau habe sich die ersten Schüsse beigebracht und um sie von ihren Qualen zu erlösen, habe er sie dann getötet. Er selbst sei zur Ostmole gegangen und habe sich hier einen Schuß beigebracht um sich dann ins Meer zu stürzen. Die Leiche ist noch nicht gefunden worden.

* ⊙ **In Seenot.** Paris, 15 Dez. Die Funkstation Marseille hat von dem italienischen Dampfer „Elgicia", der sich 43 Grad 52 Minuten nördlicher Breite und 10 Grad 46 Minuten westlicher Länge befindet, ein Notsignal aufgefangen.

## Aus dem Reiche des Rundfunk.

### Gegenseitige Beeinflussung von Empfangsanlagen.

So bald in einem Hause mehrere Antennen vorhanden sind, ist die Gefahr gegeben, daß sie sich gegenseitig störend beeinflussen. Ein Rundfunkteilnehmer, der vielleicht lange Zeit hindurch mit seiner Anlage ausgezeichneten Empfang hatte, erzielt plötzlich nur noch klägliche Ergebnisse, und er kommt etwa erst nach langen vergeblichen Bemühungen, den Apparat instand zu setzen, auf die Vermutung, daß eine in seinem Hause neu entstandene Empfangsanlage die Ursache sein könnte. Hat ein Mieter den beliebten Anschluß zwischen Gas- und Wasserleitung gewählt und schließt ein anderer Mieter seinen Empfänger neuerdings ebenfalls an diese Metallmassen an, so verschieben sich die Energieverhältnisse, und als Folge davon kann die Empfangslautstärke beim ersten Mieter erheblich sinken. Zur Abhilfe kann in solchem Falle nur empfohlen werden, für den Antennenschluß oder Erdleitung andere Gebilde zu wählen oder zu bauen. Vorteilhaft ist es, wenn man sich von Metallmassen, die durch das ganze Haus laufen und mit der Erde in Verbindung stehen, ganz freimachen kann; denn diese Leiter nehmen oft auch Störungen, z. B. die von der Straßenbahn herrührenden, in erheblichem Maße auf. Diesen Zweck erfüllt etwa ein Rahmen aus beliebigem Draht, der in wagerechter Lage unterhalb der Decke in ein bis drei Windungen gezogen wird, von der Wand beginnend und nach innen verlaufend, von der Wand und gegeneinander durch Porzellaneier isoliert. Statt der Erdleitung verwendet man zweckmäßig ein Gegengewicht, das sich aus isoliertem Draht, den man entweder direkt oder unter Verwendung von Isolierrollen auf die Scheuerleiste nagelt, leicht herstellen läßt. Denselben Zweck erfüllt eine Metallbettstelle, deren Füße auf Glasnäpfen stehen, oder ähnliche Metallmöbel, sofern sie isoliert sind. Die gegenseitige Beeinflussung von Dachantennen ist schwerer zu vermeiden. Liegen sie eng beieinander, so werden geringe Störungen fast immer vorhanden sein; sie äußern sich darin, daß bei Veränderung des Antennenkondensators der einen Empfangsanlage die Abstimmung in den Empfängern, die an benachbarte Antennen angeschlossen sind, sich etwas ändert. Um diese Beeinflussung auf das geringste Maß zu beschränken, lege man die Antennen so an, daß die Drähte entweder in einer geraden Linie liegen oder sich in möglichst großem Abstande senkrecht kreuzen. Auch die Zuführungen sollen möglichst weit voneinander verlaufen.

### Die Behandlung der Detektorkristalle.

Das Detektorkristall bedarf, wenn man es recht lange bei guter Leistungsfähigkeit erhalten will, sorgfältiger Behandlung. Besonders empfindlich ist es gegen die geringste Verunreinigung an seiner Oberfläche. Durch Anfassen mit den Fingern z. B. entsteht ein Hauch von Fett, das die Wirkung des Kristalls stark beeinträchtigt. Um alle Niederschläge auf der wirksamen Fläche zu vermeiden, kauft man am besten Kristalle in Glasröhren oder ähnlichen Schutzbehältern. Zum Anfassen bediene man sich einer Pinzette. Vor der Inbetriebnahme eines Kristalls und auch später von Zeit zu Zeit lohnt sich eine Reinigung mit Alkohol oder Aether. Erhitzen der Kristalle über 70 Grad hinaus ist ihnen schädlich. Zur Befestigung in der Fassung benutzt man deshalb Woodmetall, das bei 60 Grad schmilzt.

# Handel und Volkswirtschaft.

## Im Spiegel der Wirtschaft.

**Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Jahre 1926 und 1927. — Bedenkliche Zunahme der Konkurse.**

Bekanntlich pflegt in jedem Winter eine saisonmäßige Verschlechterung des Arbeitsmarktes einzutreten Infolge der diesmal sehr rasch einsetzenden winterlichen Witterung ist eine sehr erhebliche Vergrößerung der Arbeitslosigkeit eingetreten. Ein Vergleich mit den Ziffern des Jahres 1926 zeigt, daß diese Entwicklung durchaus nicht etwa besorgniserregend ist, da die Gesamtzahl der Arbeitslosen heute nur etwa ein Drittel der vorjährigen Zahl ausmacht.

Nachstehende Tabelle zeigt die genaue Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Jahre 1926 und 1927:

| | Hauptunterstützungsempfänger 1926 | Hauptunterstützungsempfänger 1927 | Krisenunterstützt. 1927 |
|---|---|---|---|
| 1. Januar | 1 435 931 | 1 745 359 | |
| 15. Januar | 1 782 105 | 1 833 967 | 138 164 |
| 1. Februar | 2 029 855 | 1 827 200 | |
| 15. Februar | 2 058 853 | 1 761 108 | 191 755 |
| 1. März | 2 056 807 | 1 635 504 | |
| 15. März | 2 017 461 | 1 435 651 | 223 262 |
| 1. April | 1 942 561 | 11 1 280 | |
| 15. April | 1 886 46 | 934 064 | 234 270 |
| 1. Mai | 1 784 165 | 871 453 | |
| 15. Mai | 1 742 983 | 743 227 | 226 023 |
| 1. Juni | 1 744 539 | 649 .74 | |
| 15. Juni | 1 749 111 | 593 331 | 208 426 |
| 1. Juli | 1 742 567 | 541 270 | |
| 15. Juli | 1 718 861 | 492 395 | 181 259 |
| 1. August | 1 652 616 | 452 007 | |
| 15. August | 1 684 278 | 420 174 | 156 378 |
| 1. September | 1 549 408 | 403 845 | |
| 15. September | 1 483 623 | 381 213 | 136 576 |
| 1. Oktober | 1 39 .000 | 355 462 | |
| 15. Oktober | 1 339 324 | 329 734 | 112 700 |
| 1. November | 1 303 283 | 339 982 | |
| 15. November | 1 305 143 | 395 000 | 147 000 |
| 1. Dezember | 1 369 014 | 605 600 | |
| 15. Dezember | 1 435 480 | — | — |

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ist in 14 Tagen um rund 210 000 auf 650 000 (davon 98 000 weiblich), d. h um 53,2 p. Ct. gestiegen. Wesentlich geringer ist die Zunahme der sogenannten Krisenunterstützten, hier ist die Zahl in den letzten 14 Tagen von 126 000 auf 147 000 (davon 27 000 weiblich), d. h. um 16,7 p. Ct. gestiegen. Insgesamt hat die Zahl der Arbeitslosen um rund 231 000 auf 752 000, d. h. um 44,3 p. Ct. zugenommen. Damit hält sich der Stand der Arbeitslosigkeit ungefähr auf dem Niveau von Juli 1927. Gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres ist die Arbeitslosigkeit wesentlich geringer, am 1. Dezember 1926 waren nämlich nicht weniger als 1 369 000 Personen arbeitslos. Vergleichsweise sei erwähnt, daß am 1. Dezember 1925 die Zahl der Erwerbslosen 669 130 betrug.

Aus diesen Zahlen weitgehende Schlüsse auf die Konjunkturentwicklung zu ziehen, wäre verfehlt, denn in der Hauptsache kommt der Zugang an Arbeitslosen von den Außenarbeiten in den Saisonberufen, die jetzt fast überall eingestellt sind. Infolgedessen tritt der Zugang an Arbeitslosen besonders in den ländlichen Bezirken in Erscheinung. Die Arbeitsverhältnisse in den typisch industriellen Berufen sind noch immer als gut zu bezeichnen.

Sehr beträchtlich erhöht haben sich, wie wir bereits im Handelsteil des M. A. Nr. 1291 berichteten, die Konkurs- und Geschäfts-Aufsichtszahlen, und wenn auch diese Zahlen gegen Jahresende immer etwas anzusteigen pflegen, so setzt doch diese Bewegung in diesem Jahre etwas verfrüht ein und hat bereits ein ungewöhnliches Maß angenommen. Die Anzahl der Konkurse im November beträgt 581 (gegen 462 im Oktober und 374 im September). Stark angestiegen ist auch die Zahl der neuen Vergleichsverfahren, die von 79 im Oktober auf 118 im November gewachsen ist.

Die Entwicklung der Sparkasseneinlagen verläuft in normaler Steigerung.

## Englische Gewerkschaftler für den Akkordlohn

Der Krieg hat auch in England die verhältnismäßige Besserstellung der gelernten Arbeiter gegenüber den ungelernten erheblich beseitigt. Es ist deshalb um so erstaunlicher, daß nunmehr gerade die englischen Gewerkschaftler, um in der englischen Wollindustrie allgemeine Lohnreduzierungen zu vermeiden, den Unternehmern einen Vorschlag unterbreitet haben, wonach sie die stärkere Anwendung des Akkordlohn-Systems begrüßen. Gerade die Unions hatten bisher in England auf die Festsetzung von festen Wochenlöhnen gedrungen, über die Wandlung der Anschauung ist man deshalb in englischen Unternehmerkreisen sehr erstaunt. Die Tatsache, daß bisher ein offener Streikausbruch in der Bradforder Wollindustrie verhindert werden konnte, ist nicht zuletzt diesem Umstande zuzuschreiben, denn die Arbeitgeber wagen es mit Rücksicht auf das Angebot der Unions nicht, den Streik vom Zaune zu brechen.

Im übrigen sind die Lohnverhältnisse in der englischen Wollindustrie immer noch nicht geklärt, obwohl ein vertragsloser Zustand bereits seit dem 25. November besteht.

### Essener Kurenbörse.

tu **Essen, 15. Dez. (Tel.)** Der Terminmarkt verkehrte in ruhiger Haltung; dasselbe gilt auch vom Kuxenmarkt, wo die Tendenz ebenfalls ruhig war und die Umsatztätigkeit kleiner als am Vortage. Von Steinkohlenkuxen wurde ein Posten Diergardt-Mevissen gehandelt bei einem Kursgewinn von etwa 250 Mark. Von schweren Steinkohlenwerten wurden Ewald umgesetzt, welche ihren Kursgewinn um 200 Mark verbessern konnten. Von Steinkohlenaktien war Geschäft in Adler Kohle, Lothringen und Niederrheinische Berg, letztere plus 2 Am Braunkohlenmarkt war nur Geschäft in Glimmerode auf unveränderter Preisbasis. Der Kalimarkt lag ruhig; nennenswerte Kursveränderungen wurden nicht bekannt. Von Kalikatien wurden Kaliindustrie, Krügershall und Wittekind gehandelt. Kaliindustrie verbesserte dabei ihren Kursstand um etwa 4 Prozent. Von allgemeinen Industrieaktien war Umsatz in Kabelwerken Rheydt und Uerdinger Waggon bei einem Kursgewinn von etwa 2 Prozent.

### Ausländische Wechselkurse.

tu **Zürich, 15. Dez. (Tel.)** Berlin 123,69; Wien 73; Prag 15,35; Holland 209,35; Newyork 5,35¾; London 25,28½; Paris 20,38¾; Italien 28,11; Brüssel 72,45; Kopenhagen 139; Stockholm 139,80; Oslo 137,80; Madrid 86,25.

tu **Amsterdam, 15. Dez. (Tel.)** London 12,07½; Berlin 59,07; Paris 9,73½; Schweiz 47,76 Wien 34,85; Kopenhagen 66,32½; Stockholm 66,75; Oslo 65,75; Newyork 2,4727; Brüssel 34,60; Madrid 41.27; Italien 13,42.

### Amerikanische Getreidenotierungen.

Terminpreise.

| Chicago | 15. 12 | 14. 12 | | 15. 12. | 14. 12 |
|---|---|---|---|---|---|
| Weizen Dez. | 125¹ | 126¹ | Hafer Dez. | 51¹ | 52⁰ |
| " März | 128⁷ | 129¹ | " März | 54¹ | 54⁷ |
| " Mai | 130⁴ | 130⁷ | " Mai | 56¹ | 56⁸ |
| Mais Dez. | 85 | 85⁴ | Roggen Dez. | 105⁸ | 106 |
| " März | 8⁴ | 90⁸ | " März | 107¹ | 108⁵ |
| " Mai | 92⁸ | 93⁸ | " Mai | 107⁵ | 107⁸ |

| New-York | 15. 12 | 14. 12. | | 15. 12 | 14. 12. |
|---|---|---|---|---|---|
| Weizen Domestic Sept. | — | — | Weizen Bonded Okt. | — | — |
| Dez. | — | — | Dez. | — | — |

Locopreise.

| Chicago | 15 12 | 14 12. | New-York | 15.12. | 14.12 |
|---|---|---|---|---|---|
| Weizen | | | Weizen | | |
| Rot. Som.-Wint. Nr. 2 | — | — | Manitoba Nr. 1 | 158 | 158⁷ |
| hart. " " | — | 129⁵ | Rot Som.-Wint. Nr. 2 | 143⁵ | 147⁰ |
| Gemischter Nr. 2 | — | — | hart. " " | 141⁵ | 142⁸ |
| hart. Som.-Wint. Nr. 3 | — | — | Mais, neu ant. Ernte | 99 | 99⁵ |
| Mais, gelb Nr. 2 | 90 | — | Roggen, fr. 2 fob. N. Y. | 121 | 120⁸ |
| Hafer, weiß Nr. 2 | 57¹ | 58 | Gerste, Malting | 101 | 101 |
| Roggen, Nr. 2 | — | — | Mehl, Spring wheat clears¹) | 550 | 560 |
| Gerste, malting | 85-91 | 86-93 | | 775 | 800 |

| Frachten: | 15. 12 | 14. 12. |
|---|---|---|
| Fracht nach England²) | 1,9—2, | 1,9—2,3 |
| " " Kontinent²) | 13—14 | 13—14 |

Anmerkung: ¹) Per 196 lbs. ²) In Shilling und Pence per 480 lb. ³) In Dollarcents per 100 lbs.

### Warenmärkte.

**Hamburger Warenmarkt.**

tu **Berlin, 15. Dez. (Tel.)** Kaffee: Brasilofferten waren unverändert, vereinzelt höher. Am Lokomarkt wie auch am Terminmarkt war das Geschäft wieder recht unbedeutend. Kakao: Der Markt ist fester. Größeres Geschäft fand in accra good fermented neue Ernte, sowohl schwimmend als auch auf Abladung statt. Accra good fermented Dezember-Januar 67,6—68,6, Bahia superior Januar-Februar 61,6, thomee superior Dezember-Januar 63, trinidad Plantation Januar-Februar 65, superior sommer ariba loko 67. Reis: Das Geschäft nahm weiter ruhigen Verlauf und die Preise blieben wieder unverändert. Auslandszucker: Da von dem Auslandsmarkt stetigere Meldungen vorlagen, setzte sich hier gleiche Tendenz durch. Tschechische Kristalle Feinkorn loko und Dezember 14,11¼—15,0¾, Januar-März 15,3—15,4½. Schmalz: Tendenz fest. Amerikanisches notierte 29, raffin. 30,5—31, Hamburger Schmalz 34,25 Dollar je 100 Kilo netto. Getreide: Die Stimmung war zwar etwas fester, doch blieb das Geschäft in den gewohnten engen Grenzen. Mais 163—166, sonst unverändert. Mehl: Tendenz ruhig. 70proz. Roggenmehl hies. Mühlen 35,25—36—37,5; Roggenmehl hies. Mühlen 30—30,5. Sonst unverändert. Hülsenfrüchte. Bei ruhiger Marktlage und kleinen Umsätzen blieben die Forderungen für alle Artikel unverändert. Futtermittel: Bei ruhiger Marktlage entwickelte sich kleines Bedarfsgeschäft zu unveränderten Preisen Oele und Fette: Tendenz ruhig, Preise unverändert. Chemikalien: Preise sind unverändert bei ruhiger Tendenz. Paraffin und Wachs: Tendenz ruhig. Preise unverändert.

### Metallnotierungen.

tu **Hamburg, 15. Dez. (Tel.)** Silber: Brief 81,75; Geld 81; Zink: Brief 53,75 Geld 52,75. Terminnotierungen. Kupfer: Dezember Brief 122,75; Geld 121,75; Januar Brief 123,5; Geld 122,75: Februar Brief 122,75; Geld 123; März Brief 123,75; Geld 123,25; April bezahlt 123.25: Brief 124; Geld 123,25; Mai Brief 124; Geld 123,25; Juni Brief 124.25: Geld 123,75; Juli bezahlt 124: Brief 124,25: Geld 123,75; August Brief 124,5: Geld 123,75; September Brief 124,5; Geld 123,75; Oktober Brief 124,5. Geld 124; November Brief 124,5; Geld 124: Tendenz: befestigt. Zinn: Dezember Brief 542: Geld 538; Januar Brief 540; Geld 536; Februar Brief 538; Geld 534; März Brief 537; Geld 534; April Brief 536; Geld 532; Mai Brief 535; Geld 531; Tendenz: stetig.

tu **London, 15. Dez. (Tel.)** Schluß. Kupfer-Standard per Kasse 59,75—59¾; per 3 Monate 59 15/16—60; Elektrolytkupfer 60,25—60,5; Best Selected 64,75—66; Zinn-Standard per Kasse 267¼—267,5; per 3 Monate 263,25—263⅜; Blei per Kasse 22¼; per 3 Monate 22 7/16; Zink per Kasse 26 15/16; per 3 Monate 26¼; Silber per Kasse 26,75; per 3 Monate 26 9/16; Gold 84,11½.

### Baumwollnotierungen.

tu **Bremen, 15. Dez. (Tel.)** Terminschlußkurse. Dezember 20,05—20,14; Januar 20,10—20,17; März 20,27—20,32 Mai 20, 0—20,46; Juli 20,39—20,40; Oktober 20,01—20,05; Tendenz stetig.

tu **Liverpool, 15 Dez. (Tel.)** Schluß. Dezember 10,01; Januar 9,96; März 9,96 Mai 9,96; Juli 9,93; Oktober 9,69; Tendenz stetig. Umsätze 5000.

tu **Newyork, 15. Dez. (Tel.)** Eröffnung. Dezember 18,72—18,74; Januar 18,59—18,62; März 18,78—18,80; Mai 18,88—18,95; Juli 18,82—18,85; Oktober 18,50—18,53; Tendenz: abgeschwächt.

tu **Newyork, 15. Dez. (Tel.)** Zweites. Dezember 18,42: Januar 18,40; März 18,53; Mai 18,74; Juli 18,71; Oktober 18,32 Tendenz stetig. Zufuhr 10 000 Ballen.

tu **Newyork, 15 Dez. (Tel.)** Schluß. Dezember 18,74—18,81; Januar 18,68—18,70; März 18,89—18,91; Mai 19,02—19,05; Juli 19,02; Oktober 18,60—18,62; loko 19,25; Tendenz stetig.

tu **New Orleans, 15. Dez. (Tel.)** Eröffnung Dezember 18,65; Januar 18,86: März 18,88; Mai 19,00; Juli 18,93; Oktober 18,46; Tendenz willig

tu **New Orleans, 15. Dez. (Tel.)** Zweites. Dezember 18,46; Januar 18,49; März 18,69; Mai 18,84; Juli 18,68; Oktober 18,20; Tendenz abgeschwächt.

tu **New Orleans, 15. Dez. (Tel.)** Schluß. Dezember 18,69—18,71; Januar 18,73—18,75; März 18,92—18,95; Mai 19,03—19,05; Juli 18,93—18,94; Oktober 18,45—18,47; loko 18.88; Tendenz stetig.

### Viehmärkte.

**Ochtrup, 15. Dez.** Am heutigen Viehmarkt waren aufgetrieben: 92 Ferkel, 2 alte Schweine. Ferkelpreis pro Pfund 40 Pfg. Der Markt war schnell geräumt.

## Wirtschaftsliteratur.

**Der verreiste Betriebsleiter** muß als führender Kopf vorausdenken, was in seiner Abwesenheit geschehen soll. In einer ausgezeichneten Übersicht berät die Zeitschrift „Der Werksleiter", Halbmonatsschrift für neuzeitliche Fabrikanlage, Betriebsführung und Organisation (Schriftleitung Dr.-Ing. Richard Koch und Dr.-Ing. Otto Kienzle, Berlin; Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart) in ihrem neuesten Heft 23 (erstes Dezemberheft) ihre Leser über alles, was vor der Abreise des Geschäftsherrn nicht vergessen werden darf. Einen überaus wertvollen Beitrag stellt der Artikel: Wie wir unsere Arbeitsplätze wirtschaftlich einrichten, von Ingenieur Eugen Herterich i. Fa. Robert Bosch, Stuttgart, dar, der Zeit- und Kraftersparnis durch rationelle Ausgestaltung des Arbeitsplatzes anstrebt. An wichtigen Fragen werden ferner erörtert: Die Rampe, ein Mittel zu wirtschaftlicher Höhenförderung, von Ingenieur E. Senft, Berlin: Das Betonspritzverfahren (Torkretieren), von Walter; Kohlenstaubfeuerung, sollen wir unseren Betrieb darauf umstellen? von Dipl.-Ing. E. Kuhn, Berlin; Thermon Lufthelzer für Großraumbeheizung, von Dipl.-Ing. F. Nellissen, Aachen. — Diesen großen, mit vielen Abbildungen ausgestatteten Aufsätzen fügen sich eine stattliche Anzahl kurzer Betrachtungen an, die auf jedes Arbeitsgebiet des Werksleiters in bemerkenswerter Mannigfaltigkeit eingehen. Man merkt es jedem neuen Heft an, wie sehr die Schriftleitung bestrebt ist, die vielseitigen Forderungen, die an einen Werksleiter herantreten, in lichtvollen und durchaus sachlichen Abhandlungen zu erörtern. Man kann darum den Bezug des Blattes nur empfehlen, der sich im Abonnement auf 5 Mark für das Vierteljahr (6 Hefte) und auf 1 Mark für das Einzelheft stellt.

**Arbeitsgerichte,** von Dr. Anton Erdel (Gloeckners Handelsbücherei Band 30, Verlag G. A Gloeckner-Leipzig.) Im Streifkarton 2 Mark. — Erdel gibt in übersichtlicher Anordnung einen kurzen systematischen Leitfaden, so daß sich Laien rasch über das Wesen und Bedeutung der Arbeitsgerichte, Gliederung, Zuständigkeit, Verfahren, Rechtsmittelverfahren und Schiedsgerichtswesen informieren können Auch sind in einem eigenen Kapitel besondere Fälle des Verfahrens behandelt. In einem Anhang haben noch der Text des Arbeitsgerichtsgesetzes und ein Verzeichnis der neugeschaffenen Gerichte Platz gefunden Da man bei Verhandlungen auf dem Arbeitsgericht immer noch eine bedauerliche Unkenntnis der ganzen Materie findet, möchte man wünschen, daß der Band recht große Verbreitung findet und in die Hände aller, die mit den neuen Gerichten zu tun haben, gelangt Der geringe Preis macht es wirklich jedem möglich, das Buch zu erwerben.

## Briefkasten

**Bücherfreund.** Zur Bekämpfung der Silberfischchen in Büchern werden besondere Fallen verwendet, die aus Drahtnetzchen hergestellt sind und die Form abgestumpfter Pyramiden haben. Sie sind oben offen und mit einem Deckel versehen. Der Deckel enthält eine Anzahl kleiner Blechlappen, die sich nur nach unten öffnen. In die Falle bringt man Papier, das mit Leim bestrichen und mit Zucker bestreut ist. Die Insekten finden bald den Weg zu dieser Lockspeise und können dann vernichtet werden.

**Nach Hiltrup.** Im Verlage von Trowitzsch u. Sohn, Berlin, Wilhelmstraße 9 erscheinen Merkblätter für Berufsberatung, die von der Deutschen Zentralstelle für Berufsberatung der Akademiker herausgegeben werden und 40 Pfg. das Stück kosten. Das Merkblatt „Der Landmesser" ist von Oberlandmesser Blumenberg, Hannover, verfaßt. Es sind angegeben: die Voraussetzungen für die Zulassung zu dieser Laufbahn, die Vorschriften über die Ausbildung, den späteren Übertritt in den öffentlichen Dienst usw.

**W. E.** Die staatliche Grundvermögensteuer liegt in der Miete. Während der Hauseigentümer 100 Prozent des Gemeindezuschlages zur Grundvermögensteuer, der 150 Prozent beträgt, trägt, sind 50 Prozent auf die Wohnungsnutznießer anteilmäßig nach der Friedensmiete umzulegen. In Ihrem Falle sind 4,03 Mark umzulegen.

**100 Rheda.** Die Stadt hat die Berechtigung, Miete und Zinsen von Ihnen noch heute zu verlangen. Verjährung liegt nicht vor. Hätten Sie die Miete beim Gericht oder der Sparkasse deponiert, waren Sie zur Einzahlung nicht verpflichtet.

**F. B. 80.** Ist Ihnen in dem von Ihnen unterzeichneten Mietvertrag der Keller mit vermietet, so haben Sie auf ihn Anspruch. Im anderen Falle besteht ein Anspruch auf den Keller nicht.

**A. S 100.** Unter Angabe der Stärke der Birne wollen Sie diese Auskunft bei der Städtischen Betriebsverwaltung einholen.

**J. B 19.** Niepagte.

## Vereine und Veranstaltungen.

**Münster, 15. Dezember.**

**„Hansa", kath. kaufm. Verein** Freitag abend 8½ Uhr spricht im Vereinshause Herr Professor D. J Boesch über Wilhelm Emanuel von Ketteler, ein christlicher Bahnbrecher auf sozialwirtschaftlichem Gebiete.

**Der Spielkreis der katholischen Jugendbewegung**, der sich vor einiger Zeit mit einem Märchenspielabend in der Öffentlichkeit zeigte, wird am kommenden 4. Adventssonntag abends 8 Uhr in der Aula der Oberrealschule, Mauritzstraße, das schlichte Krippenspiel von Clemens Neumann aufführen. — So wie es die Art neuer Jugend ist, will das Spiel schlicht und einfach von den biblischen Begebenheiten der Weihnacht erzählen und alle die erfreuen, die „eines guten Willens sind" — Eintritt 50 Pfg.







## Theater der Stadt Münster

Wochen-pielplan vom 16. Dez. bis 19. Dez.

| Tag | Uhr | Vorstellung | Pr | Miete |
|---|---|---|---|---|
| Fr. | 15.00 | Im Zauberreich des Hutibrad Weihnachtsmärchen Abends geschlossen | 1 | |
| Sa. | 15.00 | Im Zauberreich des Hutibrad Weihnachtsmärchen | 1 | |
| | 19.45 | Gräfin Mariza Operette | 4 | |
| So | 12.00 | Morgenfeier: Westf. Dichter | 50 | |
| | 17.00 | Don Juan Oper | 4 | |


**Grotemeyer**

Salzstr. 24 Roggenmarkt 15

Tafel-

**Schokoladen**

extra billige Preise.

Alle Marken Vollmilch 60 Pfg.
1 Pfd. Tafel „ 2 Mk.
20 gr. „ „ 80 Pfg.
100 gr. Vollmilch, prima 50 Pfg.

nur Qualitäten

**Vollmilch 35** Pfg. 3 Tafeln 1.- Mk.
**Pralinen** täglich frisch.
**Spezialmischung** sehr gut
¼ Pfd. **50** Pfg. **Pfd. 1.80.**
**Extra billig**
¼ Pfd. **35** Pfg. 1 Pfd. **130** Pfg.
t846t


## Kirchen-Konzert

in der Apostelkirche am Montag, den 19. und Dienstag, den 20. Dezember, abends 8 Uhr. Orgelspiel: Dr. Rich. Greß, Violine: Ernst Brüggemann, Chor der Freiherr v. Steinschule (Leitung: Karl Seubel) **Uraufführung Greß'scher Frauenchöre.** Alte Weihnachtsmusik, Orgelwerke: Bach, Reger, Corelli: Variationen für Violine und Orgel. — Vorverkauf bei Kneer. — Eintritt 0.50 Mk., Abendkasse erhöhte Preise. f910o


**Parlophon & Columbia Sprechmaschinen.**



Edle Tonfülle
Plastische Wiedergabe

**Parlophon-Columbia**

nur Mk. 3.- = Mk. 4.- pro Woche
Geringe Anzahlung.

**Rud. Bohle & Co., Kom.-Ges.**
**Münster i. W.**
Alter Fischmarkt 21

**Christstollen**
**Sandkuchen**
**Butterkuchen**
**Spekulatius**

Bestellungen zu Weihnachten werden jetzt schon angenommen. t847o

**Grotemeyer**
Salzstraße 24. Roggenmarkt. 15.



**Puppenwagen, Kinderwagen, Korbmöbel**

kaufen Sie
konkurrenzlos billig
in nur
bester Qualität
bei größter Auswahl
im
**Spezialhaus**
**Joh. Löckener**
Bogenstr. 13 Telef. 3026
Durchgehend geöffnet. f58/5y

**Tanzlehrer Adolf Schmedding**
Graesstraße 41 Fernruf 1540
**Nachmittags- u. Abendkurse**
Einzelunterricht zu jeder Zeit
f5770)g

**Außerstgünstiges Angebot**
in polierten Speisezimmern
**Möbel- u. Kunstgewerbehaus**
**Josef Lippe Ww.**
Altersteinweg 30 f5828)g

MEINE WEIHNACHTS-AUSSTELLUNG IST SEHENSWERT

LUDGERISTR 110

**LEDERWAREN** SIND BELIEBTE
**FESTGESCHENKE**

GRÖSSTE AUSWAHL IN ALLEN PREISLAGEN
BEI AUGUST **ENGELHARD**

FERNRUF NR. 1102

BESICHTIGUNG MEINER GESCHÄFTSRÄUME OHNE KAUFZWANG

*Ein Besuch bei*

**M. Meinholt**

*Mäntel – Modellkleider – Wäsche*
*Alle Modeartikel für Damen u. Herren*

*Münster i. W.*
*Prinzipalmarkt 33.*

*lohnt sich, weil billige Weihnachtspreise*

**Auch bei alten Gallensteinen**



Arbeitsunfähigkeit, Gallenblasenentzdg., Gelbsucht, Herz-, Darm-, Magen-Erkrankung., Krämpfe, Appetitlosigk., Blasensteine, Blasenkatarrhe, Blasenblutung., Nierensteine Nierenentzündung., Blutung., Zuckerkrankheit, Gicht, Rheumat., Skrofulose, Drüsen-Erkrankungen, Stuhlverstopfung, Hämorrhoiden, Blutreinigung, d. Kopfschmerz, Schwindel, Schlaflosigkeit, Überwerkeit, Körperschwäche, gibt sofort Harnsäurezersetzungs- u. Ausscheidungsmittel. Verlangen Sie die der Krankheit entsprechende Mischung. Ärztlich erprobt und empfohlen! Nur in Apotheken erhältlich, sonst durch unsere Versand-Apotheke. Beweismaterial durch „Stern-Engel Tee"-Großvertrieb Bad Schandau (Elbe), gratis

**Stern-Engel-Tee,** gibt frei

**Reiche Auswahl**



**für jede Jahreszeit**

Hatte Gelegenheit einen größeren Posten

**Wiener Velourhüte**

einzukaufen und biete diese
**allerbilligst an.**
Ueberzeugen Sie sich selbst.

***Barella***

Salzstraße 43-44 t844)g

Als beliebteste
**Weihnachtsgeschenke**
empfehle

**Handschuhe** in allen Leder- und Stoffarten in unübertroffener Auswahl
**Pelz-Handschuhe** mit Katzen-, Lamm-, Kanin-, Kamelhaar usw. gefüttert
**Krawatten und Herrenwäsche** in neuen Dessins
**Pullover und Westen** in hochaparten Mustern, billigst!
**Sport-Strümpfe und Stutzen I.** zu jedem Anzuge passend!
**Damen-Strümpfe u. Herrensocken** in bewährten Qualitäten
**ff. Wiener-Gesellschafts- u. Straßenkleider**
zu besonders günstigen Preisen!
**Echte wasserdichte Tiroler-Lodenmäntel**
**Leder-Westen für Damen und Herren**
(gut waschbar) von Mk. 18.– an!
**Mäntel, Blusen, Reisedecken, Hosenträger**
u.v. usw. 1835r
**Franzen-Shawls** in reichster Auswahl!

**JOS. WURM**

Tiroler-Handschuh- und Mode haus
Gegründet 1830 Ludgeristraße 85 Telephon 610
Wie alljährlich erhält jeder Käufer vornehme Gratis-Zugaben und Kartons

**Zu Weihnachten**

empfehle ich f5538)f
Adler-Nähmaschinen
Adler-Fahrräder
Adler-Schreibmaschinen
Adler-Grammophone
Marken-Jugendräder; außerdem
Gritzner und „Haid & Neu"-Nähmaschinen.
Teilzahlung!
**Hermann Stuck,**
Münster i. W. Tel. 1194 Spiekerhof 23

**Chaiselongue**
**Sofa**
**Gardinenstoff**
billigst zu verkaufen.
**Arends, Herrenstr. 14.**

Vornehme Neuheiten
in
**Herren-Schals**

**M. Leps**
f766r

**Regenschirme**
**Passendes Weihnachtsgeschenk**
Neue Stoffe / Neue Griffe
= Weihnachtspreise =
**Otto Liessem**
Liessemhaus Salzstraße 14/15




**Louis Boecker**
Salzstr. 35, gegenüber Schauburg

Als praktische
**Weihnachts-Geschenke**
empfehle
Handschuhe - Krawatten
Oberhemden - Unterzeuge
Hosenträger - Socken
Original Wiener
Damen-Pullover und -Westen
Einige Beispiele:
Damen-Glacé ..... von Mark 4.50
Damen- und Herren-Nappa ungefuttert und gefuttert ..... von Mark 5.75
Damen- u. Herren-Wildleder in weiß, gelb, braun und grau .. von Mark 4.50
Oberhemden in weiß und farbig, Perkal, Zefir u. Trikoline v. Mark 4.75
Herr.-Socken 75 ₰ seid. Schals 1.50 ℳ

**Bernh. Schmitz**
vorm.: **Joh. Jehn Wwe.**
gegründet 1882 **Spiekerhof 33** gegründet 1882
Da von **Rothenburg 52** nach **Spiekerhof 33** verzogen, gewähre bis auf weiteres f5794g
10 Prozent Rabatt

**Hausfrauen! kauft nur „Gefag"**




zu haben in allen einschl. Detailgeschäften
Grossisten zum Bezuge weist nach:
**Gebrüder Friese, Aktiengesellschaft**
Kirschau in Sachsen.

**Leffmann**
75 Ludgeristraße 75
Korsett-Spezial-Abteilung
Korsetts
Hüfthalter
Büstenhalter
Täglich Neuheiten
Anfertigung nach Maß
f909)m

**ATELIER WEBER**
**MÜNSTER**
**SALZSTR. 60**

Ein
Kinder-, Damen- oder Herrenbildnis
aus meinem Atelier ist das schönste
**Weihnachtsgeschenk**
12 Karten von Mk. 6.— an f5790)